

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Verteuerung der Lebensmittel — Herabsetzung der Löhne



ir haben schon in Nr. 28 der „Gewerkschaft“ an Hand der Reichsindexziffer die fortgesetzte steigende Verteuerung der Lebenshaltung nachgewiesen. Zudem verspürt das jeder Lohn- und Gehaltsempfänger selber viel stärker als es ihm gesagt werden kann. Wir haben auch bereits erklärt, daß die wachsende Lebensmittelpreis-

steigerung in der Agrarzollpolitik ihre Ursachen hat. Diese bedenkliche Erscheinung, der die Lohnsteigerung keineswegs folgt, hindert unsere Zollpolitiker ganz und gar nicht, einen weiteren Raubzug auf die Taschen des werktätigen Volkes zu unternehmen. Eine neue Zollerhöhung auf Mehl, Kartoffeln und Zucker hat der Reichstag, bevor er in die Ferien ging, noch in aller Hast beschlossen. Ueber den Gang der Verhandlungen berichten wir an anderer Stelle. Zu der Sache selbst schreibt uns aber Genosse Dik noch folgendes:

Zunächst schien die Absicht der Deutschnationalen im Reichskabinett, die Agrarzölle, den Einfuhrzoll auf landwirtschaftliche Produkte nach Deutschland zu erhöhen, sehr leicht zu verwirklichen zu sein. Die Forderungen des Reichslandbundes, der Organisation der deutschen Großagrarier, wuchsen denn auch ins Ungemessene: Zuerst sollte das Gefrier-

in erster Linie der Arbeiterschaft und der Beamtenschaft in Deutschland, den Brotkorb höher. Die landwirtschaftliche Rente aber steigt.

Wie gesagt, glaubte man schon, den neuen Raub sicher unter Dach und Fach zu haben. Warum ist man denn eigentlich in die Regierung gegangen? Doch nur um neue Agrarzölle zu machen! Warum hat man denn Herrn Schiele, den äußerst tüch-

tigen Minister für die Ernährung der Landwirtschaft, im Reichskabinett? Und schließlich auch Herrn v. Reudell, der mit dem Schulgesetz das Zentrum an die Besitzblockregierung und an die Zollwünsche der Großagrarier fesselt? Dann aber komplizierte sich die ganze Angelegenheit, schnell und fast hoffnungslos. Da war die Weltwirtschaftskonferenz in Genf; sie hatte Beschlüsse angenommen, die u. a. die Wiederherstellung des freien Güterausstausches in der internationalen Wirtschaft und die möglichst baldige Niederlegung der Zollschranken forderte. Deutschland war nun aber der Staat, der mit Belgien und der Tschechoslowakei diese Beschlüsse zuerst gebilligt hatte. Deutschland ist auch einer der ersten Industrie- und Handelsstaaten Europas und hat als solcher die moralische Pflicht, nicht nur die Genfer Beschlüsse zu billigen, sondern mit ihrer Verwirklichung auch den Anfang zu machen. So stießen die Zollwünsche der Deutschnatio-

### Kampfruf

Auf, Männer, wer den Hammer schwingt:  
Nur fest den Griff umschlossen!  
Den Blick aufs Ziel — der Fieb gelingt.  
Schlägt zu! schlägt zu, Genossen!  
Zeit ist's, — der Hammer macht es kund.  
Treffst, Männer! rammt den Pfahl in Grund!  
Auf, Männer, Frauen, Mädchen — auf!  
Auf, Kinder, Krüppel, Greise!  
Ein jeder lenkt der Erde Lauf,  
der wirkt, — auf seine Weise.  
Wer hilft, wer heilt, wer Liebes tut  
im guten Kampf, kämpft selber gut.  
Auf, Jugend, Waffen in die Hand  
und in die Herzen Freude!  
Den Menschen Freiheit, Saat dem Land,  
der Sehnsucht das Gebäude!  
O Jugend, starke Jugend — flieg  
in deinem Kampf, zu deinem Sieg!  
Auf, Arbeitsvolk, aus Sklavenston!  
Mach deiner Pein ein Ende.  
Die Zeit ist da. Dein Wert, dein Lohn:  
Die Freiheit deiner Hände!  
Auf, Arbeitsvolk — für Glüd und Brot —  
aus grauer Nacht ins Morgenrot!

Erich Mühsam

nalen im Reichskabinett an einer Stelle auf Widerstand, wo man ihn vor Monaten nicht vermutet hatte, und diesen Widerstand konnte man auch nicht durch eine Majorität brutal über den Haufen rennen.

Aber auch die Majorität für die agrarischen Zollpläne im Reichskabinett und im Reichstag fing bedenklich an zu wackeln. Unter dem Einfluß von Genf und der Tagung der Internationalen Handelskammer in Stockholm, schließlich auch in Auswirkung der deutsch-englischen Wirtschaftsbesprechungen in Leverkusen und Berlin rückten die industriellen Vertreter im Kabinett von Herrn Schiele ab. Insbesondere wollte die verarbeitende Industrie den von Schiele geforderten Kurs nicht mitmachen. Zeitweise herrschte im industriellen Lager eine regelrechte Revolte gegen das schwer-

industrielle Kompromiß, das sich in der gegenwärtigen Rechtsregierung ausprägt.

Aber auch das Zentrum hatte ein Haar in der Schiele'schen Kartoffelsuppe mit Gefrierfleisch und Zuckerzoll gefunden. Die Agitation gegen den Zoll, besonders in der Gewerkschaftspresse, tat ihre Wirkung. Die Drahtzieher im Zentrum betrachteten mit Sorge den zunehmenden Mißmut der katholischen Arbeiter. So sehr auch der Innenminister Herr v. Reudell mit dem Schulgesetz winkte — das Zentrum wollte nicht so recht an den Speck. Und vor allen Dingen nicht an den Gefrierfleischzoll, der gerade den Arbeiter getroffen hätte.

Herr Schiele steckte, auf Grund der veränderten Situation, nun zurük. Er ließ den Zoll auf Gefrierfleisch fallen; später auch den Weizenzoll. Eine Reihe anderer Zollvorschlüge, erhöhte Zölle auf Molkereiprodukte, Eier, Obst und Gemüse, die er für den geeigneten Augenblick in der Brusttasche bereit hielt, packte er gar nicht erst aus. Dann machte er aber den ganzen Streit um die Agrarzölle zu einem Streit um die Parität. Er sagte, und die ganze agrarische Presse assistierte ihm, daß jetzt die Landwirtschaft auf wichtige Einnahmen (sprich Zolliebesgaben) verzichtet habe; er verlangte als zweite Morgengabe in der großagrarisches-industriellen Regierungsehe, einen Abbau der Industriezölle, d. h. den Abbau solcher Zölle auf die Einfuhr von Waren, besonders Maschinen (u. a. amerikanische Traktoren), die für die Landwirtschaft in Betracht kommen. Man sieht, die Großagrarien sind sehr gute Geschäftsleute und wissen, im Gegensatz zu anderen Leuten, recht wohl, was sie in einer Koalitionsregierung zu tun haben. Worauf sie an anderer Stelle, bei den Agrarzöllen, verzichtet haben, das wollen sie wo anders, bei den Industriezöllen, herausholen. Das nennt Herr Schiele die Wiederherstellung der Parität. Bei der Arbeiterschaft hat leider noch immer der Begriff Parität einen weniger geschäftlichen und nutzbringenden Inhalt.

Es kam denn auch zu einem Kompromiß zwischen dem Reichs ernährungsminister Schiele und dem Wirtschaftsminister Dr. Curtius. Dr. Curtius erklärte auf dem Industrie- und Handelstag in Hamburg, die Industriezölle abzubauen zu wollen. Sehr wahrscheinlich wird er, wie wir Herrn Schiele kennen, ganz bestimmte Versprechungen für diesen Abbau haben machen müssen. Nun kam aber der Reichsrat, auf Grund des preußischen Vorgehens, und machte einen Strich durch die Rechnung. Die Zollvorschlüge des Reichs ernährungsministers wurden weiter zerpflückt. Von den stolzen Forderungen und Vorschlägen blieb eigentlich nur der Zoll auf Schweinefleisch übrig und der auch nur dann, wenn, um den Kleinbauern wirklich zu helfen, die Futtermittelzölle, besonders der Zoll auf Gerste, ermäßigt wird.

Also ging die Parität wieder in die Brüche; ein Grund für Schiele, weiter auf den Abbau der Industriezölle zu dringen: Haust du meinen Juden, dann hau ich deinen Juden.

Hier beginnt aber ein Kapitel in der Tragödie einer Rechtsregierung, das gerade von der Arbeiterschaft scharf im Auge behalten werden muß.

Man will schon, wenn sich die Angelegenheit nicht verschleppen und verschieben läßt, die Industriezölle abbauen. Aber wie immer soll die ganze Last auf Arbeiter, Beamte und Angestellte abgewälzt werden. „Der Abbau der Industriezölle,“ so argumentiert die Industrie, „lähmt unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Auslande. Bauen wir unsere Industriezölle ab, so lassen wir die ausländischen Waren billig nach Deutschland herein und die Ueberflutung mit billiger Auslandsware wird uns tot machen.“ Die Industrie prophezeit daraus eine neue Wirtschaftskrise. Sie verlangt Kompensationen, einen Ausgleich, um den Zollabbau ertragen zu können. So fordert man nichts weniger als einen Lohn-

abbau, wenn die Industriezölle abgebaut werden sollen.

Das klingt alles zu primitiv und so furchtbar ungeschult, aber es sind die Gedankengänge, die gegenwärtig die Unternehmegerhirne beherrschen und mit denen man vor der Tür des Reichswirtschaftsministers liegt: Zölle abbauen? Erst Löhne abbauen!

Mit Verlaub, ihr Herren von der Industrie: Gesezt den Fall, daß die seit Monaten festzustellende allgemeine Besserung in der Industrie trotz ihrer unbegreiflichen Wirtschaftsführung anhalten sollte. Dann wird sich auch das Preisniveau bei uns erhöhen. Es fällt dann ihren ausländischen Konkurrenten nicht im Traume ein, die deutsche Konjunktur nicht auszunutzen und Auslandswaren bei uns zu Niedrigstpreisen zu verschleudern. Die Logik werden Sie begreifen, da Sie ja nach demselben Rezept verfahren. Der durch den Zollabbau selbstverständlich im Endeffekt bedingte Preisabschlag wird sich also vorerst nicht in einer Preisentwertung bemerkbar machen. Weshalb reden Sie deshalb über Preisnot? Ebenso richtig ist aber auch, daß eine verstärkte Einfuhr von Rohmaterialien zu billigeren Preisen eine verstärkte Fertigwarenausfuhr bedingt. Selbst wenn die Industrie mit ihren Behauptungen von den sinkenden Preisen recht behalten sollte, würde unsere Volkswirtschaft als Gesamtheit keinen Schaden, sondern nur Nutzen von dem Zollabbau haben.

Nun kann die Konjunktur, was bei der Wirtschaftsführung der deutschen Industriellen keine allzu große Unmöglichkeit ist, schon in Kürze umschlagen. Dann wird sich der Preisstand, soweit die Kartellierung und die Preisbildung es zuläßt, selbstverständlich bei einem Zollabbau stärker sinken als ohne Zollabbau. Dieser Stoß muß natürlich aufgefangen werden.

Nun hat sich aber im Laufe der wirtschaftstechnischen Umstellung, der sogenannten Rationalisierung, der Anteil des Lohns an der Einheit der fabrizierten Ware verringert. Der Anteil des Unternehmergewinns aber, der Anteil der Profitquote an der hergestellten Ware hat sich aber gesteigert. Seien wir ehrlich und sprechen wir deutsch: er hat sich stark gesteigert; er hat sich wider alle Erwartungen gesteigert.

Wir haben auch die durchaus begründete Auffassung, daß überall dort, wo die deutsche Industrie ihrer höheren Preise wegen mit dem Ausland nicht in Wettbewerb treten kann, der übermäßige Anteil des Unternehmergewinnes an der Wareneinheit, die übermäßig gesteigerte Profitquote, die Schuld daran trägt. Baut die Industrie nun die Löhne ab, um die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Auslande wiederherzustellen, dann dürfte sie sich wohl in seine eigene Fleisch schneiden. Sie droffelt den Inlandsabsatz ab, senkt den Beschäftigungsgrad, um mit aller Bestimmtheit, eben infolge der steigenden Unkosten pro Einheit der fabrizierten Ware, doch nicht zu dem billigen Preis zu kommen, den sie in der Konkurrenz gegen das Ausland zu haben wünscht. Sofern die deutsche Wirtschaft bei einem Abbau der Industriezölle, der sich erst im Sommer des nächsten Jahres bemerkbar machen kann, nicht mehr gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu sein glaubt, ist nur das eine Rezept zu empfehlen, das auch nur der Binnenwirtschaft helfen kann: Abbau der hohen Profitquoten, der 100- und 200-prozentigen Handelsaufschläge, die erst die Waren maßlos verteuern und schließlich auf den Lebensunterhalt und die allgemeine Wirtschaft schlimmer wirken als die ganzen Zölle.

Im übrigen wird die Arbeiterschaft in der Lage sein, den geplanten Lohnabbau zu verhindern, ohne auf den Zollabbau verzichten zu müssen. Die deutsche Arbeiterschaft lehnt es ab, sich vom Unternehmertum aufschwachen zu lassen, daß der Zollabbau neue Wirtschaftskrise bedeutet und daß deshalb der Lohnabbau notwendig ist. F. D. L.



## Unfallverhütung in Theorie und Praxis

Die Berufsgenossenschaften als Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung wenden ihre Aufmerksamkeit immer mehr der Unfallverhütung und Unfallbekämpfung zu. Durch eine Verringerung der Unfälle wollen sie die Rententlast herabmindern. Neben diesem ureigensten Interesse der Versicherungsträger hat die Unfallverhütung noch eine nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche Bedeutung. Um nur ein Beispiel anzuführen, sei erwähnt, daß im Jahre 1923 nicht weniger als 762 000 Unfallverletzte nicht nur entschädigt werden mußten, sondern auch mehr oder weniger dem Wirtschaftsleben entzogen wurden. Die Zahl der Unfälle hat in den letzten Jahren überhaupt nicht, oder nur ganz unwesentlich abgenommen. Das Vorgehen der Genossenschaften, sich mehr der Unfallverhütung zu widmen, ist lobenswert. Denn wenn man bedenkt, daß alljährlich etwa 7000 bis 10 000 Menschen bei der Erwerbung ihres Unterhaltes das Leben lassen müssen, so kann nicht genug Sorgfalt und Mühe auf die Unfallbekämpfung verwendet werden. Die Berufsgenossenschaften versuchen mit den verschiedensten Mitteln, die Unfallgefahren herabzumindern. Bekannt sind die Unfallbilder, die neuerdings zur Verteilung gelangen mit dem Zwecke, in den Betrieben aufgehängt zu werden. Ausdrücke auf Lohnbeutel usw., alles dies sind die Mittel, mit welchen die Genossenschaften die Zahl der Betriebsunfälle herabzumindern versuchen. Es entsteht nun die Frage, ob diese und ähnliche Mittel wirklich geeignet sind, die Zahl der Betriebsunfälle herabzudrücken. Diese Frage kann nicht so freudigen Herzens beantwortet werden.

Die Unfallbilder haben oft den Nachteil, daß sie entweder zu abschreckend, oder was noch schlimmer ist, lächerlich wirken. Man darf nie vergessen, daß der einfache Arbeiter meist ein sehr scharfer Kritiker ist, dessen Kritikvermögen und Auffassungsgabe noch nicht durch zuviel moderne und auch alte Kunst verdorben ist. Es ist deshalb nicht leicht, wirklich gute und auch wirkungsvolle Warnungsbilder zu entwerfen und herzustellen. Es kommt nicht nur auf die Farbenzusammenstellung, die Art der Darstellung usw., sondern auch auf die gewählte Schrift usw. an. Außerdem muß jedes Bild, welches wochen- oder gar monatelang immer an ein und derselben Stelle hängt, seine Wirkung einbüßen, da es niemand mehr beachtet. Es ist deshalb erforderlich, diese Bilder von Zeit zu Zeit zu wechseln. Gewiß darf man die Bedeutung derartiger Aufklärungsbilder nicht unterschätzen, man darf sie jedoch auch nicht überschätzen. Welchen Zweck hat es denn beispielsweise, wenn auf einem Bild die Arbeiter aufgefordert werden, enganliegende, praktische Arbeitskleidung zu tragen? Die Arbeiter sind in den allerwenigsten Fällen in der Lage, sich diese neuartigen Bekleidungsstücke zu verschaffen. Die Arbeitgeber wiederum, die dies tun könnten, tun es nicht. Ein derartiges Bild muß also wirkungslos sein. Ebenso muß ein Bild, welches auffordert, sichere Leitern usw. zu verwenden, auf den Arbeiter lächerlich wirken. Soll etwa der Arbeiter von seinem Lohn neue Leitern kaufen, denn für ihn ist ja das Bild bestimmt? Daß der Arbeitgeber durch ein solches Bild allein dazu übergeht, das unbedingte nötige und sichere Gerüstmaterial anzuschaffen, glaubt wohl auch niemand! Also welcher Zweck wird mit dem Bilde verfolgt? Gibt es in einem Betriebe Leitern usw., so werden sie von den Arbeitern auch ohne Bild benutzt werden. Ja, es wirkt direkt wie Hohn, wenn der Arbeiter jeden Tag dieses „Unfallverhütungsbild“ sieht und dabei an das mangelhafte Rüstzeug denkt, welches ihm zur Verfügung steht. Welchen Zweck soll denn weiter ein Bild verfolgen, auf welchem eine Arbeiterin mit ihrem Haar in eine Trierwelle gerät? Soll vielleicht die Arbeiterin die Welle mit einem Schutze versehen lassen? Oder soll sie sich einen Bubitopf schneiden lassen, damit ein derartiges Unglück nicht vorkommen kann? Wäre es nicht viel einfacher, den Arbeitgeber zu zwingen, einen Schutze an der Welle anzubringen? Hiermit kommen wir auf ein heißes Thema! Warum ist es nicht grundsätzlich verboten, ungeschützte Maschinen herzustellen und in den Handel zu bringen? Wäre es nicht viel einfacher, den Vertrieb ungeschützter Maschinen zu verbieten? Heutzutage ist es doch so, daß eine ungeschützte Maschine im Betrieb aufgestellt wird und bestenfalls erst dann eine Schutzvorrichtung erhält, wenn nach geraumer Zeit der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft den Betrieb revidiert und das Anbringen des Schutzes fordert. In der Zeit von der Aufstellung der Maschine bis zur Kontrolle des Aufsichtsbeamten können sich jedoch an der Maschine eine ganze Reihe Unfälle ereignen haben.

Hieran kann gleich ein anderes Gebiet angeschlossen werden. Es ist Tatsache, daß die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten noch viel zu klein ist. Es genügt nicht, daß die Betriebe alle zwei bis drei Jahre aufgesucht werden. Die eingehende Betriebskontrolle

müßte mindestens jedes Jahr einmal durchgeführt werden. Es gibt sogar heute noch eine nicht geringe Anzahl landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften, die noch keinen einzigen Aufsichtsbeamten haben. Dies ist um so bemerkenswerter, als ja gerade auf dem Lande die Verhältnisse in der Betriebsicherheit nicht zum besten liegen. Ein weiterer Faktor, der sich der Unfallbekämpfung hindernd in den Weg stellt, ist die Akkordarbeit. Schafft dieses Ausbeutesystem ab und die Zahl der Unfälle wird von ganz allein zurückgehen. Die Berufsgenossenschaften fordern immer wieder die Arbeitnehmer auf, an der Unfallbekämpfung Anteil zu nehmen. Besonders den Betriebsvertretungen wird es immer wieder ans Herz gelegt, für die Betriebsicherheit mit zu sorgen, ihre Arbeitskollegen aufzuklären usw. Leicht und durchführbar ist immerhin meist die Aufklärung der Mitarbeiter, wenn eine solche überhaupt nötig ist. Auf die Betriebsicherheit selbst können die Arbeiter jedoch in den meisten Fällen wenig Einfluß ausüben. Was sagen denn die meisten Arbeitgeber, wenn ein Arbeiter mit Wünschen betreffs Sicherheitsmaßnahmen an Maschinen, besserer Durchlüftung usw. kommt? In den wenigsten Fällen gehen die Arbeitgeber auf diese berechtigten Wünsche des Arbeiters ein. Im Gegenteil, der Arbeiter macht sich durch ein solches Vorgehen bei seinem Brotherrn verhasst. Was dies oft zu bedeuten hat, darauf braucht in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht hingewiesen zu werden.

Es sind dies nur wenige Beispiele der Unfallbekämpfung, wie sie die Theorie sich denkt, und wie es im Gegensatz hierzu in der Praxis aussieht. Der einzige erfolgreiche Weg ist und bleibt trotz aller Versuche immer wieder der, die Unternehmer durch schärfere Strafen und Strafandrohungen (eventuell Schließung der Betriebe) für ausreichende Betriebsicherheit sorgen zu lassen. H—s.

## Haushaltungsgröße nach der reichsamtlichen Zählung vom Jahre 1925

Bei der Zählung am 16. Juni 1925 wurden insgesamt 15 359 181 Haushaltungskisten ausgefüllt. Auf Grund der ausgefüllten Haushaltungskisten ist im Gebiete des Deutschen Reiches eine Gesamtbevölkerung von 62 539 098 Personen festgestellt worden. Es ergibt das eine durchschnittliche Kopfstärke der Haushaltungen von 4,07. Sehr reich sind die Vergleichszählungen über die Kopfstärke der Haushaltungen bis zum Jahre 1871, wo 4,70 je Haushaltung festgestellt wurden. Besonders auffallend ist die Senkung der durchschnittlichen Kopfstärke der Haushaltungen seit dem Jahre 1910, wonach 4,53 nachgewiesen wurden.

Kennzeichnend ist an der Entwicklung die Tendenz verstärkter Kleinhaltung der Familien und damit der Haushaltungen neben der Tendenz zu verstärkter Neugründung von Haushaltungen bzw. Familien. Bis zu einem gewissen, freilich minder hohen Grade mag auch die Einschränkung der Zahl der Hausangestellten von Einfluß auf die Senkung der Kopfstärke der Haushaltungen sein. Allzu stark dürfte dieser Faktor nicht ins Gewicht fallen, vielmehr hat der Krieg mit seinen schweren wirtschaftlichen Nachwirkungen die schon vorhanden gewesene Tendenz auf Kleinhaltung der Familie noch verstärkt, was in den Zahlen über die durchschnittliche Kopfstärke je Haushaltung Ausdruck findet.

Belegt wird dieses durch den Geburtenausfall während des Krieges als auch nach dem Kriege, wo alsbald der während der Kriegszeit eingetretene Ausfall an Ehen sich ausgleicht; im Jahre 1920 wurden gegenüber 1914 rund 400 000 Ehen mehr nachgewiesen. Im Jahre 1914 dürften im jetzigen Reichsgebiet 11,1 Millionen Ehen bestanden haben, im Jahre 1925 etwa 12,8 Millionen. Die Zunahme der Ehen seit 1910 (Zählung vom 1. Dezember 1910), wo 11,6 Millionen Ehen gezählt wurden, beträgt 22 Proz., die Zunahme der Bevölkerung nur 8,2 Proz. gegen 1910. Die Gesamtzahl der Ehen ist in fünfzehn Jahren also rascher gewachsen als die Gesamtzahl der Bevölkerung.

Bemerkenswert ist das Zahlenbild über Haushaltungsstärke in den Jahren 1907 und 1925 in 59 Vergleichsgebieten (s. Tabelle III). Während 1907, der letzten allgemeinen reichsamtlichen Zählung, in keinem Gebiet die einzelne Haushaltung unter vier Personen zählt, blieben im Jahre 1925 sogar 15 Gebiete unter vier Personen.

Am auffallendsten ist die niedrige Kopfstärke der Haushaltungen in den Großstädten, wo im Durchschnitt auf je Haushaltung 3,54 Personen entfallen. Die Stadt Berlin steht sogar ganz an unterster Stelle mit nur 3,21 Personen je Haushaltung. Die Industrialisierung der deutschen Wirtschaft, die entwickelte Großstadtkultur, wie auch

schlechte Wirtschaftsverhältnisse wirken in der Richtung einer Stagnierung des Bevölkerungszuwachses Deutschlands. Ein Volk, das von Generation zu Generation eine Senkung seines natürlichen Zuwachses, eine Verkleinerung der Familiengröße aufzeigt, gleicht einem Baum, der zwar Früchte, sogar reiche Früchte trägt, aber

Nach einer Uebersicht über die Tendenz zur Verkleinerung der Haushaltungen entfielen durchschnittlich Personen auf eine Haushaltung überhaupt, im Jahre 1871 4,70, 1875 4,64, 1880 4,69, 1885 4,69, 1890 4,66, 1895 4,64, 1900 4,60, 1905 4,57, 1910 4,53. Der Begriff Haushaltung besagt etwas

Tabelle I. Durchschnittliche Haushaltungsgröße in den einzelnen Ländern und Landesteilen 1925 und 1907.

Länder und Landesteile	1925		Auf eine Haushaltungsliste kommen Personen		Länder und Landesteile	1925		Auf eine Haushaltungsliste kommen Personen	
	Haushaltungslisten	Ortsanw. Bevölkerung	1925	1907		Haushaltungslisten	Ortsanw. Bevölkerung	1925	1907
Ostpreußen	508 810	2 274 893	4,47	4,85	Württemberg	615 184	2 594 283	4,22	4,51
Stadt Berlin	1 224 128	3 931 071	3,21	3,77	Baden	543 266	2 327 036	4,28	4,68
Brandenburg	690 698	2 616 835	3,79	4,19	Thüringen	403 558	1 628 533	4,04	4,50
Pommern	447 747	1 918 145	4,28	4,64	Hessen	321 675	1 358 719	4,22	4,66
Grenzmark Posen-Westpr.	74 365	337 897	4,54	5,04	Hamburg	323 429	1 128 769	3,49	4,13
Niederschlesien	821 831	3 159 367	3,84	4,35	Mecklenburg-Schwerin	167 151	687 399	4,11	4,34
Oberschlesien	309 046	1 372 724	4,44	4,35	Oldenburg	121 276	553 539	4,56	4,81
Sachsen	848 075	3 282 767	3,87	4,37	Braunschweig	133 384	508 317	3,81	4,40
Schleswig-Holstein	389 523	1 534 817	3,94	4,53	Anhalt	93 917	351 506	3,74	4,21
Hannover	743 216	3 213 438	4,32	4,76	Mecklenburg-Strelitz	88 272	333 368	3,78	4,52
Westfalen	1 037 250	4 827 147	4,65	5,31	Lippe	37 937	166 038	4,38	4,29
Hessen-Nassau	572 274	2 404 488	4,20	4,73	Lübeck	35 765	127 560	3,57	4,20
Rheinprovinz	1 717 879	7 235 157	4,21	4,90	Mecklenburg-Strelitz	27 685	112 048	4,05	4,38
Hohenzollern	16 918	72 297	4,27	4,42	Waldeck	11 750	59 153	5,03	5,45
Preußen	9 401 760	38 181 043	4,06	4,63	Schaumburg-Lippe	12 049	48 659	4,04	4,69
Bayern	1 657 995	7 399 609	4,46	4,78	Elßaß-Lothringen	—	—	—	4,49
Sachsen	1 363 078	4 973 519	3,65	4,22	Deutsches Reich	15 359 131	62 539 093	4,07	4,58

<sup>1</sup> Errechnet unter Zugrundelegung des damaligen Gebietsstandes

Tabelle II. Durchschnittliche Haushaltungsstärke in den Großstädten und Großstadtgruppen nach der Zählung vom 16. Juni 1925.

Großstadtgruppen	Ausgefüllte Haushaltungslisten	Ortsanw. Bevölkerung	Auf eine Haushaltungsliste kommen Personen	Großstadtgruppen	Ausgefüllte Haushaltungslisten	Ortsanw. Bevölkerung	Auf eine Haushaltungsliste kommen Personen
I. 1. Berlin	1 224 128	3 931 071	3,21	IV. Sonstige nordd. Großstädte	539 457	1 894 022	3,51
II. Rhein.-Westf. Industriegebiet	955 119	3 753 827	3,93	25. Breslau	159 159	553 029	3,47
2. Köln	187 471	693 266	3,70	26. Hannover	115 695	414 108	3,58
3. Essen	117 285	466 133	3,97	27. Magdeburg	86 577	286 752	3,31
4. Düsseldorf	113 467	428 999	3,78	28. Halle a. d. S.	54 293	192 330	3,54
5. Dortmund	78 057	319 933	4,10	29. Rassel	44 799	168 289	3,76
6. Duisburg	64 463	272 174	4,22	30. Braunschweig	42 116	144 677	3,44
7. Gelsenkirchen	48 159	205 543	4,27	31. Erfurt	36 818	134 837	3,66
8. Barmen	52 142	184 923	3,55	V. Sächs. Ind.-Gebiet	497 795	1 701 271	3,42
9. Elberfeld	46 630	165 074	3,54	32. Leipzig	191 308	660 140	3,45
10. Bochum	35 596	156 047	4,38	33. Dresden	184 577	608 025	3,29
11. Aachen	41 878	155 296	3,71	34. Chemnitz	90 881	323 153	3,56
12. Krefeld	36 773	130 048	3,54	35. Bauen	31 029	109 953	3,54
13. Mülheim a. d. R.	30 753	126 350	4,11	VI. Rhein-Main Industriegebiet	306 660	1 158 993	3,78
14. Hamborn	28 223	125 767	4,46	36. Frankfurt a. M.	121 621	458 422	3,77
15. München-Gladbach	27 008	114 787	4,25	37. Mannheim	61 585	242 236	3,93
16. Münster i. W.	23 225	104 750	4,51	38. Karlsruhe	38 302	144 700	3,78
17. Oberhausen	23 989	104 737	4,37	39. Mainz	29 402	109 388	3,72
III. Hafenstädte	677 783	2 382 885	3,52	40. Wiesbaden	31 007	104 177	3,36
18. Hamburg	305 321	1 053 983	3,45	41. Ludwigshafen a. Rh.	24 743	100 070	4,04
19. Bremen	77 485	289 667	3,74	VII. Sonstige südd. Großstädte	419 197	1 555 598	3,71
20. Königsberg i. Pr.	74 288	274 575	3,70	42. München	186 729	671 548	3,60
21. Stettin	72 810	250 603	3,44	43. Nürnberg	101 843	384 272	3,77
22. Kiel	61 146	211 687	3,46	44. Stuttgart	87 428	337 643	3,86
23. Altona	52 600	182 071	3,46	45. Augsburg	43 197	162 135	3,75
24. Lübeck	34 133	120 299	3,52				

Tabelle III. Haushaltungsstärke 1907 und 1925 in den Vergleichsgebieten.

Vergleichsgebiete mit einer durchschnittlichen Haushaltungsstärke von Personen:	1907	Dabon hatten 1925 eine durchschnittliche Haushaltungsstärke von									
		bis 3,49	3,50 bis 3,74	3,75 bis 3,99	4,00 bis 4,24	4,25 bis 4,49	4,50 bis 4,74	4,75 bis 4,99	5,00 bis 5,24	5,25 bis 5,49	5,50 und dar.
4,00 bis 4,24	7	1	6	—	—	—	—	—	—	—	—
4,25 bis 4,49	12	—	2	4	2	—	—	—	—	—	—
4,50 bis 4,74	21	—	—	2	11	5	3	—	—	—	—
4,75 bis 4,99	12	—	—	—	1	3	7	1	—	—	—
5,00 bis 5,24	3	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—
5,25 bis 5,49	3	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—
5,50 und darüber	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
Gesamtzahl	59	1	8	6	16	11	11	2	4	—	—

aus Mangel an jungem Holz allmählich Mangel an Fruchtholz bekommt, damit die Zeichen des Verfalls annimmt. Vom Standpunkt der Zukunft eines Volkes besitzen die bevölkerungspolitischen Fragen eine überaus große Bedeutung.

anderes als Familienhaltung. In dem Begriff Haushaltung sind alle zu einer Haushaltung gehörenden Personen, die Dienstboten, Lehrlinge, auch Gesellen oder Gehilfen usw., wenn sie beim Arbeitgeber in Kost und Logis sind, enthalten. Der Begriff Familienhaltung faßt einen engeren Kreis von Personen und erstreckt sich auf die zu einander im verwandtschaftlichen Verhältnis stehenden Familienmitglieder. Auch hier sehen wir eine Senkung der Kopfstärke. Im Jahre 1900 wurden auf eine Familienhaltung 4,76 Personen festgestellt, 1905 4,72, 1910 4,67. Bei der Zählung im Jahre 1925 ist die Zählung mittels der Haushaltungsliste erfolgt und wiederum die jeweilige Haushaltungsgröße nach der Kopfstärke ermittelt. Diese beträgt im Reichsdurchschnitt 4,07 Personen, was die Schlussfolgerung zuläßt, daß die Kopfstärke der Familienhaltung im Reichsdurchschnitt um nennenswertes niedriger sein wird. Unter Berücksichtigung des Durchschnitts in den Großstädten von 3,54 Personen je Haushaltung und des allgemeinen Reichsdurchschnitts von 4,07 Personen je Haushaltung darf gesagt werden, daß Deutschlands Nachwuchs nicht unerheblich zurückgegangen ist.



# Die Grundzüge des deutschen Staatsrechtes

## V. Die Reichsorgane.

### 1. Uebersicht.

Das repräsentative Organ des Reiches ist der Reichspräsident. Dem entsprechen auch seine Befugnisse.

Das belebende Organ des Reiches ist die Reichsregierung (Reichskanzler und Reichsminister). Die Reichsregierung hat die Initiative bei der Gesetzgebung. Sie leitet die Reichsverwaltung, teils unmittelbar, teils im Wege der Aufsicht über die Landesbehörden.

Das föderalistische Organ des Reiches ist der Reichsrat. Er vertritt die Landesbehörden im Verfassungsgefüge des Reiches. Seine Stellung bleibt allerdings hinter der des früheren Bundesrates sehr zurück.

Das gesetzgebende und zugleich das unitarische Organ des Reiches ist der Reichstag. Er beherrscht nicht nur die Gesetzgebung, sondern dadurch, daß die Reichsregierung als Ganzes sowie jeder Reichsminister im einzelnen das Vertrauen des Reichstages haben muß, auch die Reichsverwaltung. Der Reichstag ist also das eigentliche Machtorgan im Reiche. Nicht juristisch, aber tatsächlich kommen sodann die politischen Parteien als Organe der Reichsverfassung in Betracht. Denn sie beherrschen die Zusammensetzung des Reichstages (vermöge des mit der Verhältniswahl untrennbar verbundenen Listenwahlsystems), sowie tatsächlich auch die Zusammensetzung, da eine entgegen den Wünschen der Mehrheitsparteien gebildete Regierung zwar möglich ist, aber infolge der Vertrauensverweigerung des Reichstages nicht lange bleiben könnte.

### 2. Der Reichspräsident.

Die Fähigkeit, Reichspräsident zu werden, hat jeder deutsche Reichsangehörige (im Sinne der formalen Staatsangehörigkeit) nach vollendetem 35. Lebensjahr ohne Unterschied des Geschlechtes.

Die Ernennung zum Reichspräsidenten geschieht durch Volkswahl nach dem allgemeinen Wahlrecht, ausgenommen das Verhältniswahlsystem. Die Amtsdauer ist sieben Jahre. Wiederwahl, auch wiederholte Wiederwahl ist zulässig. Vor Ablauf der sieben Jahre kann das Amt des Reichspräsidenten erlöschen durch freiwilligen Rücktritt oder durch Absetzung. Auch für die zwangsweise Absetzung gibt es zwei verschiedene Möglichkeiten. Die Absetzung kann geschehen durch Abstimmung des Volkes, nachdem der Reichstag die Absetzung mit Zweidrittelmehrheit verlangt hat. Ergibt die Volksabstimmung eine Mehrheit gegen den Reichstag, so ist der Reichspräsident für weitere sieben Jahre wiedergewählt und der Reichstag aufgelöst. Die Absetzung kann aber auch durch Urteil des Staatsgerichtshofes erfolgen, bei welchem der Reichspräsident wegen schuldhafter Verletzung der Reichsverfassung oder deren Reichsgesetze vom Reichstag in Anklage verfaßt worden ist. Dazu ist im Reichstag ein Antrag von mindestens 100 Mitgliedern und ein Beschluß mit der bei Verfassungsänderungen nötigen Mehrheit, also Zweidrittelmehrheit bei mindestens zwei Drittel Abstimmungsbeteiligung.

Die Rechte des Reichspräsidenten sind folgende:

a) Repräsentationsrechte: Der Reichspräsident vertritt das Reich im diplomatischen Verkehr und beim Abschluß von Staatsverträgen. Bei letzteren ist er jedoch an die Zustimmung des Reichstages gebunden, wenn es sich um Gebiete der Reichsgesetzgebung handelt. Außerdem ist zur Kriegserklärung und zum Friedensschluß ein förmliches Reichsgesetz (Reichstagsbeschluß) nötig.

b) Gesetzgebungsrechte: Der Reichspräsident ist nicht Gesetzgebungsfaktor; aber ihm steht die Ausfertigung der Reichsgesetze durch Unterzeichnung mit Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder des zuständigen Reichsministers sowie ihre Verkündung durch Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt zu. Ferner hat der Reichspräsident das Recht, den Volkssentscheid über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz herbeizuführen. Will er dies, so muß er die Verkündung des Gesetzes „aussetzen“.

c) Verwaltungsbefugnisse: Der Reichspräsident ernannt und entläßt die Reichsregierung sowie die Reichsbeamten und Offiziere, soweit er das Ernennungsrecht nicht der Regierung oder anderen Reichsbehörden überläßt. Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die Wehrmacht, auch im Frieden, ist aber auch in Heeresachen an die Gegenzeichnung gebunden. Er hat ferner, ebenfalls mit Gegenzeichnungszwang, das Recht, den Ausnahmezustand im Reichsgebiet zu verhängen, sowie das Recht, im Zwangswege gegen Länder einzuschreiten, die sich der Reichsverfassung oder sonstigen Reichsgesetzen nicht fügen wollen. Der Ausnahmezustand bedeutet die zeitweise Außerkräftigung gewisser verfassungsmäßig gewährleisteter individueller Freiheitsrechte nach Artikel 48 der Reichsverfassung.

d) In der Rechtspflege steht dem Reichspräsidenten die Ernennung der Richter an den Gerichtshöfen des Reiches sowie die Ausübung des Begnadigungsrechtes gegenüber Strafurteilen dieser Gerichtshöfe zu. Allgemeine Begnadigungen (Amnestien) können nur durch Reichsgesetz, also nur durch Beschluß des Reichstages erfolgen.

e) Was die persönliche Rechtsstellung des Reichspräsidenten betrifft, so ist als wichtigstes hervorzuheben, daß er nur mit Zustimmung des Reichstages strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden darf. Ferner besteht für ihn kein Zwang zum Erscheinen vor Gericht, gerichtliche Vernehmungen müssen also bei ihm stattfinden. Sein Amt ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft zum Reichstag, nicht aber zum Reichsrat.

f) Verantwortlich ist der Reichspräsident nur dem Reichstag. Von diesem kann er auch nur unter den bereits genannten Voraussetzungen in Anklage verfaßt werden.

### 3. Die Reichsregierung.

Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern. Die Zahl der Reichsminister ist in der Verfassung nicht festgelegt. Sie kann also jeweils durch Anordnung des Reichspräsidenten im Rahmen des Reichshaushaltsplanes den Bedürfnissen angepaßt werden. Der Reichskanzler und die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt, also nicht etwa vom Reichstag gewählt. Die Ernennung der Minister erfolgt auf Vorschlag des Reichskanzlers. Das Amt des Kanzlers und der Minister erlischt formell mit der Entlassung durch den Reichspräsidenten. Die Entlassung kommt auch in Frage, wenn aus eigener Entschliebung oder infolge Vertrauensverweigerung des Reichstages der Rücktritt, die Demission, erfolgt ist. Aber auch die Entlassung gegen den Willen der Reichsregierungsmitglieder und des Reichstages aus eigener Initiative des Reichspräsidenten ist nicht ausgeschlossen. Die Reichsregierung hat die Initiative in der Gesetzgebung und leitet die Verwaltung des Reiches. Soweit die Reichsgesetze durch die Landesbehörden ausgeführt werden, steht der Reichsregierung die Aufsicht im Sinne des Artikels 15 der Reichsverfassung zu.

Die Reichsregierung ist heute kollegial geordnet, doch verwalten die einzelnen Minister ihre Abteilungen (Resort) selbständig. Dem Reichskanzler kommt nur insofern eine Vorrangstellung zu, als er dem Reichspräsidenten die Minister vorzuschlagen hat und die allgemeinen Richtlinien aufstellt, nach denen die Regierung zu führen ist. Wenn bei Abstimmungen Stimmengleichheit besteht, gibt er durch seine Stimme den Ausschlag. Er ist zu Gegenzeichnungen von Anordnungen des Reichspräsidenten befugt, während die einzelnen Minister dazu nur in ihren Ressorts oder als Stellvertreter des Reichskanzlers berechtigt sind.

Verantwortlich sind die Mitglieder der Reichsregierung zunächst dem Reichstag. Sie müssen zurücktreten, wenn der Reichstag das Mißtrauen ausgesprochen oder das Vertrauen verweigert hat. Sie können vom Reichstag wegen schuldhafter Verletzung der Reichsverfassung oder sonstiger Reichsgesetze beim Reichsgerichtshofe unter denselben Umständen wie der Reichspräsident in Anklage verfaßt werden. Auch dem Reichspräsidenten sind die Mitglieder der Reichsregierung insofern verantwortlich, als er das Recht hat, sie zu entlassen.

### 4. Der Reichsrat.

Als Vertreter der Länder, Landesregierungen, im Reich entspricht der Reichsrat formell dem früheren Bundesrat. Tatsächlich ist seine Machtstellung mit der des Bundesrates aber nur entfernt zu vergleichen. In der Gesetzgebung des Reiches ist der Reichsrat nicht eigentlicher Gesetzgebungsfaktor, so daß kein Gesetz ohne seine Zustimmung zustande kommen könnte. Er hat nur folgende Mitwirkungsrechte: Die Gesetzesvorlagen der Reichsregierung gehen zunächst an den Reichsrat, können aber auch, unter Darlegung der abweichenden Stellungnahme des Reichsrates, soweit der Reichsrat nicht einverstanden ist, an den Reichstag weitergeleitet werden. Eigene Gesetzesvorschläge gehen über die Reichsregierung an den Reichstag. Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze hat der Reichsrat das Einspruchsrecht, mit der Wirkung, daß der Reichstag noch einmal Beschluß fassen muß. Bleibt der Reichstag bei seinem früheren Beschluß, so kommt das Gesetz auch gegen den Willen des Reichsrates zustande. (Näheres darüber in dem Kapitel über Reichsgesetzgebung.)

Auch in der Verwaltung des Reiches ist die Rechtsstellung des Reichsrates eine viel geringere als die des früheren Bundesrates. Die Reichsverordnungen, allgemeine Verwaltungsvorschriften, die früher vom Bundesrat erlassen wurden, werden jetzt von der Reichsregierung erlassen und bedürfen der Zustimmung des Reichsrates nur

dann, wenn zur Ausführung Landesbehörden in Anspruch genommen werden sollen. Ein wichtiges Mitwirkungsrecht des Reichsrates in der Verwaltung des Reiches ist aber seine durch Reichsgesetz gesicherte Mitwirkung bei der Aufstellung des Reichshaushaltsplanes und bei der Reichsrechnungsbilanz der Reichsregierung über die Durchführung.

Die Zusammenziehung des Reichsrates ist folgendermaßen geregelt: Die Zahl der Vertreter, die jedes Land in den Reichsrat entsenden darf, richtet sich nach der jeweiligen Bevölkerungszahl des Landes. Jedes Land darf aber mindestens einen und Preußen höchstens  $\frac{1}{3}$  der Gesamtmitgliederzahl des Reichsrates entsenden. Die Entsendung geschieht durch die Landesregierungen. Jedoch wird für Preußen die Hälfte der Reichsratsvertreter von den Provinzialvertretungen einschließlich des Magistrats der Stadt Berlin gewählt.

Die Stimmenabgabe im Reichsrat kann für jedes Land nur einheitlich erfolgen. Maßgebend dafür sind die Instruktionen der Landesregierungen. Nur die gewählten Vertreter Preußens sind in ihrer Abstimmung frei. In den Ausschüssen des Reichsrates führt jedes Land gleichmäßig nur eine Stimme. Fr. Ringer.

## Ein böses Spiel mit der städtischen Straßenreinigung in Düsseldorf

Kommunale Betriebe sollen zum Wohl der Allgemeinheit arbeiten. Selbstverständlich bewerten wir nicht einen Straßenreinigungsbetrieb nach seinen Einnahmen und Ausgaben, wenn auch wir für sparsame Wirtschaft eintreten. In erster Linie wird man ihn danach beurteilen, was er in gesundheitlicher und hygienischer Beziehung für die Bevölkerung der Stadt leistet. Daß an alle Straßenreinigungsbetriebe heute (im Gegensatz zur Vorkriegszeit) größere Anforderungen gestellt werden, müßte eigentlich jedem, insbesondere den Stadtverordneten, klar sein. Sehen wir voraus, daß letzteres der Fall ist, dann ist es um so unverständlicher, wenn Beschlüsse gefaßt werden, wodurch das Fortbestehen eines Betriebes direkt in Frage gestellt wird, auch wenn der Betrieb für die Allgemeinheit noch so notwendig ist. Solche Beschlüsse kommen nur deshalb zustande, weil ein großer Teil der Stadtverordneten die Belange der städtischen Betriebe durch ihre Parteilinie betrachtet und somit die Betriebe zu einem politischen Spielball werden läßt.

Zu einem solchen Spielball ist seit einigen Monaten die Straßenreinigung der Stadt Düsseldorf geworden. Ausgerechnet Düsseldorf, in dessen Mauern vor einigen Monaten die große Ausstellung „Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen“ war, auf deren Verlauf der größte Teil der Bürgerschaft stolz ist.

Es herrscht allgemein der ungesunde Zustand, daß die Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlungen 35 bis 45 Punkte zur Beratung enthalten oder die Staatsberatungen in drei bis vier Tagen erledigt werden. Eine gewissenhafte Durchberatung wird dadurch von vornherein wegen der Kürze der Zeit in Frage gestellt.

In einer Nacht Sitzung wurde bei den verflochtenen Staatsberatungen über die Geschichte des Düsseldorfer städtischen Fuhrparks entschieden. Die Verwaltung forderte eine Erhöhung der Gebühren, um die Mittel zu bekommen, die auf Grund der Mehrleistungen der Betriebe notwendig sind. Dieser Antrag wurde abgelehnt, wodurch ein Minus von 550 000 Mk. in den Staatsverhältnissen eintrat. Nach einigen Wochen zeigten sich die Folgen dieses Beschlusses. Es sollten 200 000 Mk. an Straßen Sprengung, Reinigung der Straßen bei Schneefällen eingespart werden. Die noch fehlenden 350 000 Mk. wollte man durch Entlassung von über 100 Arbeitern ausgleichen. Diese Maßnahmen sollten durchgeführt werden, obwohl schon bei der damaligen Zahl der Arbeiter haufenweise Protestschreiben von der Bürgerschaft wegen schlechten Reinigens usw. einliefen, trotzdem die Arbeitsleistung des einzelnen bei verkürzter Arbeitszeit außerordentlich gestiegen war. Es hätte ein starkes Verschnühen der Straßen eintreten müssen, insbesondere in den Arbeitervierteln, da diese ja zuerst unter solchen Maßnahmen leiden. In der Verhandlung über die Entlassungen wurde von unserer Organisation erklärt, daß sie es ablehnt, auch nur über eine Entlassung zu verhandeln, sondern sich dafür einsetzen werde, daß die fehlenden Mittel zur Aufrechterhaltung des Betriebes nachträglich bewilligt werden. In folgendem Schreiben vom 11. Mai 1927 wandte sich unsere Filialleitung an sämtliche Stadtverordnetenfraktionen:

Der Unterzeichnete erlaubt sich, Ihnen folgendes zu unterbreiten. Durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung sind dem städtischen Fuhrpark über 500 000 Mk. Etatsmittel gestrichen worden. Die Auswirkung dieses Beschlusses zeigt sich nun darin, daß neben anderen Einschränkungen des Straßenreinigungsbetriebes die Reinigung durch Handbetrieb, welcher nicht durch Maschinen durchgeführt werden kann, vollständig eingestellt werden soll. Dieses hat zur Folge, daß annähernd 100 Leute entlassen werden sollen und daß andererseits das Straßenbild im Innern der Stadt in gesundheitlicher Beziehung für die Bevölkerung eine Gefahr bedeuten wird. Aber auch das Ansehen der Stadt Düsseldorf wird dadurch gegenüber anderen Städten auf eine niedrige Stufe gedrängt, denn bekanntlich sollen insbesondere die Städte die Pflicht haben, dahingehend zu wirken, daß alles unterlassen bleibt, was auf die Gesundheit der Bürger schädigend wirken kann.

Neben der Einstellung der Straßenreinigung durch Handbetrieb sind noch wesentliche Einschränkungen vorgeesehen, z. B. bei den Straßen Sprengungen und Instandbringung der Straßen bei Schneefällen und Glatteis. Schon in der Vergangenheit sind, wie Ihnen bekannt sein wird, täglich Protestschreiben von einzelnen Bürgern und Bürgervereinen wegen mangelnder Straßenreinigung usw. eingelaufen. Wie wird es erst kommen,

## Während eines Gewitters in den Kanälen einer Großstadt

Heiß brütete die Julisonne in den Straßen der Großstadt und leckte gierig die vom Sprengwagen auf die heiße Straßendecke gefallenen Wassertropfen auf. Müde und schlapp zogen Mensch und Tier ihren Weg, denn 30 Grad Celsius im Schatten und die schwüle Luft sind in dem Steinmeer einer Großstadt in der gemäßigten Zone außergewöhnlich und für die Bewohner unerträglich. Im Westen am fernen Horizont hatten sich gleich einem gewaltigen Gebirgsmassiv schwere Gewitterwolken aufgetürmt und alles deutete darauf hin, daß dieses Gewitter sich bald entladen würde. Draußen an der Peripherie der Stadt war eine Kolonne von 10 städtischen Kanalarbeitern in einem Hauptsammelkanal mit dem Entfernen der Ablagerungen beschäftigt, die eine Höhe von 20 bis 25 Zentimeter von der Kanalsohle gerechnet, erreicht hatten. Je zwei Mann schoben einen Schiebkarren den Kanal entlang bis zu den Seiteneingängen und transportierten von hier aus ihre Ladung zur Erdoberfläche. Diese Arbeiten in den Hauptsammelkanälen sind in der Hochsommerzeit an solchen gewitterschwülen Tagen für die Kanalarbeiter mit besonderen Gefahren verbunden. Deshalb erhielt auch diesmal die Deckelwache strikte Anweisung bei Entladung des drohenden Gewitters die „unter Tag“ arbeitenden Kollegen sofort zu benachrichtigen.

Es war 2 Uhr nachmittags, die Arbeiter waren gerade nach beendeteter Mittagspause eingestiegen, als das erste Donnerrollen durch die Ventilationsröhren und Einsteigschächte in dem 5 bis 6 Meter unter der Straßenoberfläche liegenden Hauptsammelkanal vernehmbar wurde. Die Deckelwache ermahnte zur Vorsicht. Allem Anschein nach sei mit einem schweren Wetter zu rechnen. Die unten arbeitenden Kollegen nahmen diese Benachrichtigung von der Deckelwache an den Seiteneingängen beim Ausladen ihrer Schiebkarren zur

Kenntnis, begaben sich aber trotzdem nochmals ins Kanallinnere auf die sogenannte „Strecke“, um vor Abbruch der Arbeit noch einen bereits beladenen Karren zu holen. Gerade als sie sich im Innern des Kanals zirka 150 bis 200 Meter vom Einsteigschacht befanden, brüllte die Deckelwache durch den in der Mitte der bearbeiteten Gesamtschächte befindlichen Einsteigschacht: „Es fängt stark an zu regnen.“ Sofort wurde die Arbeit eingestellt und jeder suchte fluchtartig den Seiteneingang zu erreichen, wußte doch jeder der Arbeiter, daß ihnen bei einem starken Gewitterregen große Gefahren drohen, weil in diesem Hauptkanal sich die Abwässer aus verschiedenen Stadtteilen zusammenfinden. Obwohl die Flüchtenden es sehr eilig hatten, konnten sie trotz aller Anstrengungen den Seiteneingang vor dem Einbruch der Wassermassen nicht erreichen. Denn ganz plötzlich hatte draußen der Himmel seine Schleusen geöffnet und Millionen und Abermillionen Tropfen auf das glatte Dächermeer der Stadt und deren Asphaltstraßen fallen lassen, die nun, kristallinen Kugeln gleich, von den Dächern durch die Dachrinnen und deren Abfallrohre, den Straßenkanälen zurollten, die nun die gesammelten Wassermengen jenem Hauptkanal zuführten. Unter donnerndem Getöse stürzte die gesammelte Wassermenge durch die Sinkkasten mit einem herartigen Druck durch die Einlaßstücke in das Innere des Kanals, daß das einlaufende Wasser auf der entgegengesetzten Seite am Mauerwerk des Profils in die Höhe spritzte. Die forteilenden Arbeiter sind hierdurch in ihrer Bewegung stark gehindert, da ihnen die Kleider inzwischen auch an den Beinen stark durchnäßt sind. Trotz alledem aber müssen sie durch, denn die Gefahr wächst für sie nach dem Eintritt des Regenwassers in den Kanal von Minute zu Minute.

In dem geschlossenen Kanalprofil erhöht sich der Wasserstand sehr rasch und bevor er die Höhe der Wasserstiefel erreicht hat, müssen die Schiebkarren entladen und vor dem Wegschwimmen in Sicherheit gebracht sein. Letzteres ist nur am Seiteneingang möglich, wo die Schiebkarren auf den angefahrenen



wenn die Entlassungen durchgeführt werden? Zu berücksichtigen bei Beurteilung dieser Frage ist noch, daß entsprechend den Anforderungen, die an den Fuhrparkbetrieb gestellt werden, schon heute zu wenig Arbeiter für den Betrieb vorhanden sind. Die Fuhrparkleitung hat, wie Sie wissen, 338 Leute für die Straßenreinigung beantragt, weil sie mit den vorhandenen 283 Leuten nicht auskommen kann. Jeder Einsichtige wird, wenn er die Betriebsverhältnisse kennt, für das Verlangen der Fuhrparkleitung Verständnis finden. Nach den augenblicklich im Etat zur Verfügung stehenden Mitteln können aber nur 180 Leute beschäftigt werden, so daß sich hier ein Minus zeigt von 158 Mann. Es besteht aber auch keine Möglichkeit, daß aus den einzelnen Arbeitern mehr herausgeholt werden kann als bisher. Gegenüber der Vorkriegszeit müssen diese schon außerordentliche Arbeitsleistungen vollbringen, welches aus folgendem hervorgeht:

Es waren vor dem Kriege in dem Gesamtbetrieb 612 Mann beschäftigt bei einer Reinigungsfläche von 1 290 000 Quadratmetern. Jetzt sind im Gesamtbetrieb 530 Mann beschäftigt, bei einer Reinigungsfläche von 4 517 000 Quadratmetern.

Es soll zugegeben werden, daß ein Teil dieser Leistungssteigerung auf die Einführung von Maschinen fällt, welches aber nur im geringen Maße zutrifft. So sind z. B. in der Straßenreinigung schon vor dem Kriege neun Rehrmaschinen vorhanden gewesen, welche nach dem Kriege durch vier neue Maschinen ersetzt wurden. Trotzdem ist die nach dem Kriege eingetretene Mehrbeschäftigung durchgeführt worden. — Nach all diesem ist es unerklärlich, daß man einen Schritt tun will, wodurch annähernd 100 Leute zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden sollen. Eine Möglichkeit, die Entlassungen in einem anderen städtischen Betriebe unterzubringen, scheint ebenfalls kaum denkbar, da diese Möglichkeit durch die 85 Leute, die im Gaswerk gefündigt worden sind, erschöpft ist. Trotzdem nun, wie bewiesen, notwendige Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind, will man wiederum das Arbeitslosenheer um 100 Leute erhöhen. Legt man als Durchschnitt einen Verheirateten mit zwei Kindern zugrunde, so ergibt dieses bei den augenblicklichen Sätzen der Erwerbslosenfürsorge für das laufende Jahr eine Unterstützungssumme von 110 000 Mk., welche wiederum von der Allgemeinheit aufgebracht werden muß. — Wir müssen uns ganz entschieden gegen solche Maßnahmen wenden. Dieses tun wir nicht nur im Interesse der Leute, sondern auch im Interesse der Bevölkerung. Durch solche Maßnahmen wird das Ansehen der städtischen Betriebe und das der Beschäftigten herabgewürdigt, denn die Bürgerchaft wird, wenn die Straßen verschmutzt sind, ihren Kummer an den Leitern und den Arbeitern des Betriebes auslassen. — Wir nehmen an, daß auch Ihre Fraktion, selbst wenn sie dem Beschlusse zugestimmt hat, nicht will, daß dadurch Arbeiter entlassen werden sollen. Wir ersuchen Sie deshalb, dahin zu wirken, daß eine Veränderung oder eine andere Durchführung dieses Beschlusses bald erfolgt, da die Kündigungen am kommenden Samstag ausgesprochen werden sollen.

Die Folge dieses Schreibens war, daß sich am nächsten Tage eine Fraktionsführerversammlung mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Zu einem Resultat führte diese Sitzung nicht. Mittlerweile wurden die ersten 20 Mann gekündigt. Der Oberbürgermeister vertrat die Meinung, daß die gesamten Entlassungen durchgeführt werden

Sand gehoben und dort mit Seilen an den Steigeisen befestigt werden. — Das Getöse der Straßensinkkasten hat sich nun zu einem gewaltig imposanten Schauspiel erhöht, denn nun schütten auch die Einlaßstücke der Hausentwässerungsleitungen ihren Inhalt in den Kanal. Ein gewaltiges Gebrause erfüllt diese unterirdische Welt, denn auch die Neben- und Abfangkanäle ergießen ihren gesammelten Inhalt in den Hauptkanal. Inzwischen ist auch das Wasser aus den höher- und entferntliegenden Stadtteilen in unserem Hauptsammler angekommen, in dem durch das Öffnen der Spültüren, die vorher zur Sicherheit der arbeitenden Kollegen, und um ihnen das Arbeiten überhaupt erst zu ermöglichen, geschlossen waren, ein weiteres Ansteigen der Flut zu bemerken ist. Das Wasser steht bis zur halben Höhe des Profils, dessen Ausmaß in der Höhe 1,80 Meter zu einer Breite von 1,14 Meter beträgt. Vom Gebrause der Einlaßstücke ist nichts mehr zu hören, denn sie befinden sich nunmehr unter dem Wasserspiegel. Nur noch in den Bauwerken der Seiteneingänge gurgelt und plätschert die Flut im Kreise herum und stößt an die Ecken. Höher und höher schwillt die Flut und nur ein kleiner Teil des Profils ist noch frei. Auch in die Seiteneingänge spült das aufgeregte Wasser hinein. Im Seiteneingang zeigt der Pegel einen Wasserstand von 1,60 Metern von der Kanalsohle aus gemessen an, aber immer noch steigt die Flut und überschwemmt den im Seiteneingang aus dem Kanalinnein angefahrenen Sandberg. Nun schwimmen auch die beiden mit einem Seil an den Steigeisen des Einlaßschachts befestigten Schiebarren, von den eindringenden Fluten in die Höhe gehoben, im Seiteneingang hin und her. Dem gewaltigen Getöse und Gebrause ist nun Kirchhofsstille gefolgt. Das ganze Profil des Hauptsammlers ist vollständig vom Wasser gefüllt und geschlossen. Nichts ist mehr zu sehen von seiner Größe und seinem Ausmaß. Der Pegel im Seiteneingang zeigt jetzt einen Wasserstand von über 2 Metern an, aber man kann schon feststellen, daß das Steigen allmählich zum Stillstand kommt. Die Kollegen,

müßten, falls nicht eine Fraktion den Antrag stelle, daß die Mittel bewilligt würden. Da nun alle Fraktionen in der Öffentlichkeit festgelegt waren (denn die Bürgerlichen hatten die Mittel deshalb abgelehnt, weil sie nicht die Hausbesitzer und die Linksparteien, weil sie nicht die Mieter belasten wollten) konnten sie sich zu einer Revision ihres Beschlusses nicht aufschwingen. Die Kollegen hatten in zwischen ihre Meinung durch Zeitungen und Versammlungen der Öffentlichkeit kundgetan und darauf hingewiesen, daß sie bereit sind, auch auf dem Rechtswege gegen die Unsinngigkeit dieser Entlassungen vorzugehen. Die Angelegenheit war also eine Frage der Gesamtbevölkerung Düsseldorfs geworden. Die SPD-Fraktion stellte nun einen Initiativantrag, wonach die Mittel bewilligt werden sollten und somit keine Leute entlassen werden brauchten. Dieser Antrag stand in der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Juni als 47. Punkt zur Beratung. In dieser Sitzung kam die Unwissenheit insbesondere dadurch zum Ausdruck, daß der Vertreter der Wirtschaftspartei erklärte, er hätte nicht daran gedacht, daß durch die Streichung der 500 000 Mk. Arbeiter entlassen werden müßten. Der Beigeordnete Schilling legte in der Stadtverordnetenversammlung nochmals die Verhältnisse der Straßenreinigung dar; von diesen reichhaltigen und interessanten Ausführungen sei zunächst folgender Satz herausgegriffen:

„Durch die Verweigerung der Mittel müssen Einschränkungen in der Straßenreinigung eintreten, die m. E. unhaltbar sind.“

Den Hinweis, daß im vorigen Jahre beim Kanalbetrieb mit weniger ausgekommen sei und daß deshalb dort gespart werden müsse, tat er mit Folgendem ab:

„Es sind beim Kanalbetrieb Sachen gemacht worden, die nicht zum zweitenmal gemacht werden dürfen und können. Es geht ein zweites Mal nicht, daß, wie es im vorigen Sommer geschehen ist, der ganze Kanalbetrieb einfach ausgesetzt wird. Es sind, wie gesagt, Einschränkungen im Kanalbetrieb gemacht worden, die unter keinen Umständen ein zweites Mal gemacht werden können und hinter die auch die Aufsichtsbehörde schon gegriffen hat. — Im Frieden gab die Stadt Düsseldorf für den Quadratmeter der in städtische Reinigung übernommenen Flächen aus: 1909: 36 Pf., 1910: 37 Pf., 1911: 40 Pf., 1912: 39 Pf., 1913: 38 Pf. Nach Bewilligung der 550 000 Mk. würde der Quadratmeter auf 33 Pf. kommen. Da aber die ganzen Unkosten gestiegen sind, würde das bedeuten, daß nach dem wieder hergestellten Etat nur etwa rund die Hälfte dessen geleistet werden kann, was im Frieden geleistet worden ist. Nach Herabsetzung des Etats von 550 000 Mk. bleiben nur 21 Pf. für den Quadratmeter. Im Frieden entfielen auf den Kopf der Angestellten 5000 bis 6000 Quadratmeter, nach dem beschlossenen Etat entfallen aber 24 000 Quadratmeter auf den Kopf des Straßenreinigungsarbeiters. — Hier gibt es kein Mundspitzen, hier muß gepiffen werden. Entweder werden die dafür nötigen Mittel wieder hergestellt oder die Konsequenzen müssen getragen werden.“

die seither im Seiteneingang vor dem draußen niedergehenden Regen Schutz gesucht hatten, müssen nun diesen verlassen, denn das Wasser hat auch hier inzwischen eine solche Höhe erreicht, daß die Wasserstiefel keinen Schutz mehr dagegen gewähren.

Draußen hat es inzwischen aufgehört zu regnen. Der Erde entsteigt ein warmer, feuchter Dampf. Von den Baumwipfeln des angrenzenden Waldes fallen die letzten schweren Tropfen. Von der Straßendecke blinkt peinlichste Sauberkeit, in den Vertiefungen um die Straßensinkkästen, wo es vorher noch rollte und gurgelte, vernimmt man nur noch ein leises Rieseln und Plätschern der letzten Pfützen, welche ihr Wasser dem Sinkkasten zuführen.

Bei der Kontrolle, die nach jedem Gewitter am nächsten Tage durchgeführt wird, und die den Zweck hat, die Wasserstände festzustellen, lesen wir an unserem Pegel im Seiteneingang einen Wasserstand von 2,40 Metern. Der draußen im Gelände aufgestellte Regenmesser zeigt eine Niederschlagshöhe von 13,5 Millimetern. Welch' katastrophale Überschwemmungen mit nachfolgendem großen Schaden würde die Großstadtbevölkerung beim Niedergehen eines so schweren Gewitters, wie hier beschrieben, über sich ergehen lassen müssen, wenn nicht eine umsichtige Bauleitung nach genauester Berechnung der Wohndichte der Bevölkerung und der höchsten Niederschlagsmengen für einen geregelten Abfluß dieser Wassermengen gesorgt hätte. Denn trotz der beschriebenen Überschwemmung der Kanäle bei einem solchen Gewitterregen ist der Abfluß des Wassers so geregelt, daß nach kurzer Zeit die normalen Abflußverhältnisse wieder hergestellt sind. Aber auch den Kollegen der Kanalisationswerke gebühren Dank und Anerkennung, wenn sie durch gewissenhaftes und verantwortungsvolles Arbeiten bei derartigen Naturereignissen die städtische Bevölkerung vor Schaden bewahren.

G. A.

Nach diesen Ausführungen des Herrn Beigeordneten war man auf einmal für die Bewilligung der Mittel, nur stritt man sich noch um des Wie. Es fand sich eine große Mehrheit für die Hernahme der Mittel aus dem Fonds des Mülltonnensystems, welcher geschaffen ist zur Durchführung des Tonnenystems. Die Fortnahme der Mittel aus diesem Fonds bedeutet eine Störung in dieser Durchführung und es wird wahrscheinlich nicht lange dauern, daß der Kampf von neuem losgeht. Neben der Bewilligung dieser Mittel wurde noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß keine Leute entlassen und die bereits entlassenen Leute wieder eingestellt werden müssen. Es ist sogar soweit gekommen, daß über die Zahl der im vorigen Etat vorhandenen Arbeiter noch eine beträchtliche Zahl von Neueinstellungen erfolgen kann.

Wenn unser Verband nur daran gedacht hätte, unsere Mitglieder zu schützen, wäre ihm auch das gelungen, trotz der Entlassungen. So haben zum großen Teil auch die Unorganisierten den Vorteil. In erster Linie stand ihm das Wohl der Allgemeinheit und das Ansehen der städtischen Betriebe vor Augen. Jeder Einsichtige bis weit in die bürgerlichen Kreise erkennt heute das Eingreifen unserer Organisation lobend an. Leider ist festzustellen, daß sich bei Behandlung solcher Fragen die zuständigen Beamten oft nicht so für die Notwendigkeiten der Betriebe einsetzen, wie es wünschenswert wäre, deshalb begrüßen wir das mutvolle und objektive Auftreten des Herrn Beigeordneten Schilling anlässlich der letzten Beratung. Mag sich jeder zuständige Beamte daran ein Beispiel nehmen und im gegebenen Fall daselbe tun, dann wird die Zahl der Gegner der Kommunalbetriebe zusammenschrumpfen.

Mögen insbesondere die städtischen Arbeiter an Hand dieser Schilderung die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Organisation erkennen und sich noch fester als bisher in ihr zusammenschließen. Nicht nur allein um Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch um die Erhaltung und den Ausbau der kommunalen Betriebe.

A. H.

## Unsere Jugend

### Gewerkschaftliche Jugendarbeit

Vor uns liegt der Bericht der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale Groß-Berlin von 1926. Mit ihm schließt das 4. Jahr des Bestehens der „Freien Gewerkschaftsjugend“ ab. Die schon in der 2. Hälfte des dritten Berichtsjahres verschärft einsetzende Wirtschaftskrise hat sich auch durch das ganze vierte Berichtsjahr hingezogen und sich teilweise noch weiter verschlimmert. Die Arbeitslosigkeit dehnte sich in unverhältnismäßig starkem Maße auf die Jugendlichen aus, von denen die 14—16jährigen am schlimmsten daran waren, da diese Schicht der Jugendlichen nicht von der Erwerbslosenfürsorge erfaßt wird. Diese Schicht nimmt auch unter den 14—18jährigen Erwerbslosen zahlenmäßig den größten Raum ein. Hierzu kommen die Jungausgelernten, die kurz nach dem Auslernen auf die Straße gesetzt werden. Aus diesem Verhältnis ist es zu erklären, daß die Arbeit der Jugendzentrale sich hauptsächlich auf sozialpolitisches Gebiet und den Jugendbeschäftigungsbereich konzentrierte. Es mußte auch deshalb manche andere Arbeit für die Organisation zurückgestellt werden. Aber das vergangene Jahr hat die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit aufs neue bestätigt. Von einer so jungen und noch im Werden und Wachsen befindlichen Bewegung kann man noch keine Riesenerfolge verlangen. Und doch hat die Jugendzentrale einige durchaus beachtenswerte Erfolge errungen.

Ein besonderes Verdienst hat sich die Jugendzentrale auf dem Gebiet der Fürsorge der erwerbslosen Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren erworben. Die Gefahren der Erwerbslosigkeit für die Jugend, wie Arbeitsentfremdung, Arbeitsunlust, dazu die notwendigerweise eintretenden seelischen Konflikte sowie auch die engen Beziehungen zwischen Erwerbslosigkeit und Kriminalität erheischen besondere Maßnahmen. Und hier hat die Jugendzentrale durch ihre Erfahrungen in der Jugendarbeit wertvolle Mitarbeit an dem Ausbau der Werkurse und jugendpflegerischen Veranstaltungen geleistet. Ja noch mehr, sie konnte positiv mitarbeiten in dem aus den Reihen der Gewerkschaftsjugend, in vielen Fällen die Leiter und Helfer dieser Kurse und Tagesheime gestellt wurden und erfolgreich tätig waren. Die der Einbeziehung der 14—16jährigen in diese Fürsorge entgegenstehenden Hindernisse konnten auf Veranlassung der Jugendzentrale und des Ortsausschusses des ADGB beseitigt werden. Welche Bedeutung dieser Schritt für die arbeitslose Jugend von 14—16 Jahren

hat, geht aus folgenden Zahlen, die der Bericht enthält, hervor. Von 100 011 Berufsschülern und -schülerinnen waren am 30. Juli 1926 13 774 arbeitslos, davon 14—16jährig 10 947; am 15. November 1926 13 091 arbeitslos, davon 14—16jährig 11 048.

Unter diesen jungen Menschen befinden sich viele, die eben die Schule verlassen haben und überhaupt noch nicht erwerbstätig geworden sind. Diese Tatsache ließ ja auch die Forderung der Verlängerung der Schulpflicht um 1 Jahr besonders akut werden. Ebenso wichtig war die Erfassung der erwerbslosen Jungausgelernten und die Ermöglichung diese Jugendlichen in sachtechnischen Kursen weiterzubilden. Die Verbindung der eingerichteten Kurse mit dem Arbeitsnachweis und der Berufsschule verspricht in jeder Hinsicht einen pädagogischen Erfolg. Wir wissen, daß der Jugendliche absolut nicht so schlecht und verdorben ist, als man es so oft hört, wir wissen aber auch, daß der Jugendliche der von der Schule auf die Straße gesetzt wird oder seine Arbeit verliert oder ausgelernt hat bodenlos hilflos ist und damit allen Gefahren der Großstadt ausgesetzt wird. Es ist hier hervorzuheben, daß auch von den Gesellenausschüssen der Innungen und der Handwerkskammer Groß-Berlin, diese Gefahren erkannt worden sind und die enge Zusammenarbeit zwischen Jugendzentrale und Gesellenausschüssen wesentlich zum Erfolg der Anregungen beigetragen hat.

Auch in den Lehrlingsfragen ist besonders in der Urlaubsfrage ein zumindest moralischer Erfolg zu verzeichnen. Die Handwerkskammer die noch im Jahre 1924 den Standpunkt vertrat, daß „Zwangsurlaub anzunehmen, man aus erzieherischen Gründen nicht gewillt sei“, hat jetzt in einer Entschließung, die dem Bericht einverleibt ist, „den dringenden Wunsch“ ausgesprochen, den Lehrlingen einen „angemessenen“ (1) Urlaub zu bewilligen. Es wird betont, daß dieser Urlaub im gesundheitlichen Interesse der Lehrlinge liege, und auch „zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit und -fähigkeit beiträgt“. Man muß allerdings, wie der Bericht ganz richtig bemerkt, abwarten, wie die Handwerkskammer und das „Handwerk“ sich dazu stellen wird. Einen positiven Erfolg hat in dieser Richtung der Metallarbeiterverband erreicht, indem er durch Beschluß des Schlichtungsausschusses vom 15. Juli 1926, einen 6tägigen Urlaub für Lehrlinge in Betrieben der Schlosserzweigsinnung, erlangte. Eine Darstellung und Zusammenfassung der Rechtsstreitigkeiten aus dem Lehrverhältnis, konnte noch nicht gegeben werden, da die Verbände noch zu unregelmäßig das Material dazu liefern. Jedoch sind auch hier Erfolge zu verzeichnen. In der Frage der Schaffung und Verabschiedung des Berufsschulgesezes fordert die Jugendzentrale mit den Gesellenausschüssen besonders die Beseitigung des Vorrechtes der Innungen und Handwerkskammer, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und die Gewährleistung der tariflichen Regelung des Lehrlingswesens. Auch die Möglichkeit der Kontrolle der Geeignetheit der Betriebe als Lehrbetriebe muß in dem Gesetz enthalten sein.

Zur Arbeit in den Gruppen muß man feststellen, daß die Bewegung sich vertieft hat. Wenn Kollege Heßler feststellt, daß „die unserer Arbeit entwachsenden Jugendlichen als tätige und verantwortungsbewußte Funktionäre in den Arbeiten und Aufgaben ihrer Verbände aufgehen, so ist das der beste Beweis, für den Fortschritt, wie auch die beste Rechtfertigung der Bewegung. Wenn der Bericht eine ständige Besucherzahl der Abende von insgesamt 2540 Jugendlichen ausweist, so wird damit den älteren Kollegen zur Pflicht gemacht, diese Zahl durch ihren Hinweis bei den Jugendlichen in den Betrieben, auf die Gewerkschaftsjugend, zu verdoppeln, ja zu verdreifachen. Das liegt im Interesse eines jeden Gewerkschafters, daß er den Nachwuchs mit heranschafft. Die Arbeit innerhalb der Gruppen, wie auch der gute Besuch der Sonderveranstaltungen berechtigen zu den besten Hoffnungen.

Die Ausgestaltung von Feiern und Festen durch die Jugendlichen und das Niveau derselben, zeigen daß auch die künstlerische Betätigung nicht fehlt und sogar sehr intensiv ist.

Wenn manchem beim Lesen des Berichts die im Verhältnis zum Vorjahre außerordentlich stark erhöhte Zahl der Spielabende auffallen sollte, so sollte man daran denken, daß gerade Spiel und Tanz erst die Gemeinschaft zusammenschweißen, die für die theoretische Fortbildung der Jugend die notwendige Grundlage gibt. Man soll daran denken, daß gerade die sozialistische Arbeiterjugend besonderen Wert auf die Schaffung einer sozialistischen Kultur in der Jugendarbeit gelegt hat und daß sie dadurch zur Vertiefung der sozialistischen Idee in der Jugend wesentlich beigetragen hat.

Wer denkt, daß die Jugend durch Spiel und Tanz von der Idee des Klassenkampfes abgelenkt wurde, der vergißt, daß die Jugend in der Lehre, an der Maschine, in der Fabrik und



durch die Arbeitslosigkeit zu jeder Stunde den Klassenkampf am eigenen Leibe zu spüren bekommt. Und daß dem so ist, weiß der Jahresbericht am allerbesten aus, der in klarer Weise all die Probleme der Gewerkschaftsjugend berührt und aufzeigt. Wir wünschen, daß dieser Bericht dazu beitragen möge, in allen Organisationen der Arbeiterschaft die Jugendlichen, aber auch die Eltern an ihre Pflicht zu gemahnen, daß die arbeitende Jugend gewerkschaftlich organisiert sein muß, um die Forderungen der Jugend nach Freizeit, Urlaub, angemessenen Löhnen, guter Berufsausbildung usw. verwirklichen zu können.

Wilh. Liljeberg.

### Das große Jugendhilfswerk Wiens

Das Wiener Jugendhilfswerk hat kürzlich das vom Magistratsrat Dr. Franz Breunlich zusammengestellte Jahrbuch 1926 herausgegeben. Das Buch erhält ein besonderes Gepräge durch die grundlegenden Ausführungen des Stadtrats Prof. Dr. Tandler über „Psychologie der Fürsorge“.

Es wurden im Jahre 1926 rund 35 000 Kinder und Jugendliche durch 1 250 000 Tage in Erholungsstätten versorgt. Die Mittel für diese großzügige Erholungsfürsorge stellte teilweise die Gemeinde Wien, teilweise stammen sie aus der Sammlung der Kinderrettungswoche.

Aus den Berichten der einzelnen Fürsorgeorganisationen ist die rührige Arbeit zu ersehen, die im Interesse der erholungsbedürftigen Kinder geleistet wird. Die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes auf diesem Gebiete schildert Fürsorgerin Plan. Der Leiter der Lehrlingsfürsorgeaktion August Mariana weist in seinem Bericht darauf hin, daß im vergangenen Sommer mit Hilfe der Gemeinde und der Krankenkassen 7390 Lehrlinge und Lehrlingmädchen ihren Urlaub in Erholungsheimen verbringen konnten. Aus dem Bericht des Sekretärs Zwieger des sozialdemokratischen Erziehungs- und Schulvereins „Freie Schule-Kinderfreunde“ erfährt man, daß der Verein 3900 Kinder in Ferien schicken konnte. Der Verband Societas hat unter Führung der Präsidentin Bock 1047 Kindern einen Bandaufenthalt ermöglicht. Den Bericht über die Arbeit in der Wiener Schülerherberge erstattet Direktor Ronge. Im Jahre 1926 wurde die Herberge von 5402 Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Der große Umfang des Wiener Jugendhilfswerks ist am besten daraus ersichtlich, daß 105 Organisationen aus 177 Orten Oesterreichs Ferienheime den Sommer über betreiben, die 26 Erholungsstätten in der Umgebung Wiens nicht mitgerechnet.

## Bildungsarbeit

### Die bayerische Eigenart

Unser Kursusprogramm ist für alle Bezirke in diesem Sommer das gleiche — bis auf Bayern. Natürlich. Von wegen der Eigenart. Der 14tägige Winterkursus war den Münchenern zu teuer. Also verschoben sie ihn auf den Sommer und verwandelten zum Teil die Ferien dazu. Kommt Berlin denn München nicht immer entgegen? Gespannt war ich auf jeden Fall, ob wohl auch im Verlauf des Kursus Eigenartiges sich zeigen würde. Und dann saß ich in der großen Turnhalle von Murnau bei der Begrüßungs- und Eröffnungsfeier des Kursus — natürlich fand sie nicht am Sonntag, wie bei den andern, sondern am Samstag statt. — „Gerammelt“ voll war sie von Gästen, eine Reihe von Stadthonoratioren dabei, von Anhängern der Arbeiterbewegung aus der ganzen Umgebung bis von Gormisch her und von rund um den Staffelsee. Das kleine Häuflein der Münchener Kursusteilnehmer verschwand fast darunter. Und ich saß und staunte „Bauklöcher“, wie man dort so bildhaft sich auszudrücken beliebt, staunte — da liefen im Dirndlgewand die Kathis und Mirzl — auch mitten im ergreifendsten Vortrag eines Solos — mit einem Kranz von schäumenden Biergläsern — halbe und ganze Liter! — in jeder Hand unaufhörlich, unermüdlich. Wie mag das werden während des Kursus, dachte ich geknickt. Auf ihr Respektrecht und ihre besondere Eigenart werden natürlich die Kursusteilnehmer auch in der Hinsicht pochen. Da sah ich auf, meine Berliner Großstadtnerven sind erschrocken, einen Knall hats getan, wie von einer Kanone und nun gehts los, ein Gepolter und Getöse broden auf der breiteren Bühne, schmetternde Musik dazu. Tuche und Holdbrio dazwischen, ein Ravich von Farben und Bewegung entfaltet sich da oben, wirklich, das ist nicht überall zu sehen. Eine Gruppe von Burtschen und Madl in Gebirglertracht führt dem Kursus zu Ehren einen Schuhplattler auf. Hinreißende Kraft, packend in ihrer Urwüchsigkeit, muß man zugestehen, kunstvoll geformt in dem Rhythmus der Musik und doch etwas barbarisch zugleich. Die ganze Halle wird fasziniert, mitge-

rissen, spendet stürmischen Beifall, jeder fühlt das Verwandte, Einheimische mit den Tänzern da oben und der Fremde wie ich, bewundert neben der Stärke dieses Lebens die urwüchsigste, noch in den Massen lebende Volkskunst.

Und es wurde ein Kursus, an den jeder Teilnehmer und Lehrgern zurückdenken wird. Das Städtchen Murnau, wundervoll gelegen am Fuß der Alpen und an den Ufern des milden Staffelsees, bot gute Unterkunft und Verpflegung vom 12.—26. Juni, die Gemeinde stellte einen Schulsaal dem Kursus zur Verfügung. Der Unterricht selbst unterschied sich freilich wenig von dem des Winters, höchstens daß in Anbetracht der Ferien die Anforderungen an die Teilnehmer etwas geringer waren. Außerhalb des Unterrichts wurde dem Gedanken körperlicher Erholung stärker Rechnung getragen. Dazu lockt die herrliche Natur. Einzelne machten kleine Bergtouren, wenn nicht die Gesamtheit der Teilnehmer sich im Staffelsee tummelte. Besonders hervorgehoben zu werden verdient das gute Einvernehmen mit Reichsbannerkameraden und Parteigenossen des Städtchens und der Umgebung. Wer unsere Kurse kennt, wird es als selbstverständlich empfinden, daß wir auch, wo sich Gelegenheit bot, den Spuren geschichtlicher Vergangenheit der Gegend nachgingen und Proben des künstlerischen Sinnes der Bevölkerung aufspürten. Eigenartiges ergibt sich so manchmal. Ich denke an einen herrlichen Sunnachmittag, wir sind durch die weite Rosenduft erfüllten Gärten gegangen und haben über gemähten Wiesen hin ein uraltes Kirchlein aufgesucht, am Tage zuvor habe wir es vom nahen Hügel gesehen, auf dem wir Spuren eines alten Römerlagers besichtigten. Vielleicht vermag das Kirchlein Andeutungen zu geben über die weitere Geschichte der Gegend. Wir sehen allerlei kunstvolle Gebilde, aber jüngeren Datums, im Innern. An ihm entzündet sich eine lebhafteste Diskussion über kirchliche Gebräuche, Religion und konfessionelle Machtpolitik. Von selbst wird der freie Nachmittag zum Unterricht, das Kirchlein zum Schulraum. Hernach lagern wir uns draußen im Grase, das Panorama der Berge vor den Augen, und an die altersgrauen Mauern gelehnt unterhalten wir uns über brennende Fragen der modernsten Zeit, wie der Funktionär seine Aufgaben anzupacken hat, wie wir uns zum Sport stellen, selbst über Alkohol und Arbeiterbewegung. Und da will ich denn gleich sagen, so schlimm wie es der Begrüßungsabend verhieß, wurde es während der 14 Tage wirklich nicht. Und auch an jenem Abend sollen es mehr die andern gewesen sein als unsere Kursusteilnehmer. Ich stehe nicht an zu sagen, daß selbst die Münchener die Ermahnungen, im Interesse des Unterrichts während des Tages kein Bier zu trinken, befolgt haben. Ist das gewiß keine bayerische Eigenart, dann war es doch eine Besonderheit unseres Kursus. H.

### Aus Politik und Volkswirtschaft

Der Kampf gegen die Brot-, Kartoffel- und Zuckerzölle im Reichstage. Nachdem wir uns bereits im Leitartikel mit der Brot- und Kartoffelverteuerung und lohnrückenden Politik des Bürgerblocks beschäftigt haben, bleibt uns nur noch übrig, den Gang der Verhandlungen im Reichstage hier kurz wiederzugeben. Zu sagen ist, daß sich der Bürgerblock anscheinend selbst seines neuen Raubzuges schämte. Denn außer einer schwächlichen Begründung der Vorlage durch den deutschen Reichslandwirtschaftsminister Schiele und einer kurzen Erklärung der Bürgerblockparteien durch den deutschen Abgeordneten Thomsen hat keiner ihrer Mannen zu dieser schwerwiegenden Frage gesprochen. Man wollte das Gesetz möglichst schnell verabschieden. Was brauchte sich der Bürgerblock auch in geistige Untkosten stürzen, wenn ihm kraft seiner größeren Stimmenzahl der Raub sicher war. So blieb es nur den Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten überlassen, die Argumente gegen die Zollpolitik zu liefern, das diese auch reichlich be sorgten, was aber nicht hinderte, daß die Zollvorlage in der Schlussabstimmung doch mit 272 gegen 134 Stimmen angenommen wurde und somit der Brot-, Kartoffel- und Zuckerwucher perfekt wird. Gegen die Wucherzölle stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und der Zentrumsabgeordnete Wirth. Wir geben nachstehend Auszüge aus den interessanten Reden der Abgeordneten Hilferding, Krähig und Herz wieder.

Hilferding: Vor dem Kriege hat nicht einmal der Obrigkeitstaat die Zumutung gestellt, die Kartoffeln durch Zölle zu verteuern, denn dieser Zoll ist ganz sinnlos. Bei einer guten Kartoffelernte nützt der Kartoffelzoll überhaupt nichts. Um so mehr wirkt er aber bei einer schlechten Ernte, also gerade dann, wenn die Preise ohnehin in die Höhe gehen. Im vorigen Jahre hatten wir eine schlechte Kartoffelernte, infolgedessen lag der Preis für Kartoffeln im Großhandel auf 5,45 Mk. der Zentner, gegenüber 2,40 Mk. im Jahre 1913, also um 126 Proz. Während im letzten Vorkriegsjahr 1913 im Einzelhandel das

Pfund Kartoffeln 3 Pfennig kostete, kostet es jetzt 8½ Pf., der Preis ist also um 180 Proz. gestiegen. Und gerade in dieser Zeit der höchsten Kartoffelnot bringt die Regierung ihre Vorlage auf Erhöhung des Kartoffelzolls ein! Die Deutschnationalen wollen sich Zölle auf Vorrat auch auf die Zeit bewilligen lassen, wo sie nicht mehr in der Regierung sitzen. — Es ist richtig, daß die Lage der Zuckerindustrie nach der Währungsstabilisierung schwierig war. Aber seitdem hat sie sich doch wesentlich gebessert. Während Rohrzucker im Jahre 1913 mit 9,25 Mk. notiert wurde, stand er am 20. Juli auf 15,60 Mk. Das bedeutet eine Erhöhung des Preises für Rohrzucker um 70 Proz. Rübenzucker kostete 1913 22,50 Pf. das Pfund, am 20. Juli dagegen 40 Pf. Hier sehen wir also eine Steigerung um 80 Proz. Seit vorigem Jahre haben wir unausgesetzt steigende Zuckerpriese, der Zuckerkoll wirkt sich restlos im Zuckerpriese aus. Das Kartell sorgt dafür, daß jeder überflüssige Zucker ins Ausland gebracht wird, und dadurch wirkt sich der Zoll fast restlos im Preise aus. Jede Erhöhung des Zuckerkolls wirkt also heute als Rente für das Zuckerkartell. Nun sagen die Zuckersabritanten, daß ihre Generalunkosten sehr hoch seien, weil sie weniger verarbeiten als vor dem Kriege. Es würde also doch richtig sein, eine Steigerung des inländischen Verbrauchs zu erzielen durch die Senkung der Zuckerpriese. Und dieser inländische Verbrauch ist noch einer außerordentlichen Steigerung fähig. Wir stehen im Zuckerverbrauch an drittlehster Stelle. England und Amerika verbrauchen mehr als doppelt soviel als wir, Schweden und die Schweiz das Anberthalbfahe. Aber die in der Vorlage enthaltene Zuckerverminderung soll abhängig gemacht werden von einer Zuckerkollerhöhung. Das heißt doch, ein Pferd hinten, ein vorn an den Karren anspannen! Diese geringfügige Ermäßigung der Zuckerversteuerung ist doch schon längst kompensiert durch die in der letzten Zeit eingetretene Erhöhung der Branntweinabgabe und anderer indirekter Steuern, die allein in den Monaten Mai und Juni d. J. einen Mehrertrag von 64 Millionen erbracht haben. Auch die Zollerträge sind ja, wie der Reichsfinanzminister heute selbst erklärt hat, wesentlich gesteigert worden. — Angesichts dieser Massenbelastung ist es eine Freivolität, daß man kürzlich auch noch den Mehlszoll erhöht hat, indem man das französische Zollprovisorium ablaufen ließ. Wir haben jetzt den höchsten Brotpreis, den wir je erlebt haben. Es ist ungenehmerlich, in einem solchen Moment noch die Mehlszollerhöhung Platz greifen zu lassen. — Auch die Erhöhung des Schweinefleischezolles ist untragbar. Hilfe ist für den bäuerlichen Schweinezüchter notwendig, aber sie wird nicht erzielt durch Erhöhung der Zölle. Wenn Sie die bäuerlichen Kleinbetriebe unterstützen wollen, müssen Sie ihnen die Aufzucht und Mast durch Verbilligung der Futtermittel erleichtern. Wenn der Wertenzoll beseitigt ist, dann ist erst ein dauernder Vorteil für den Schweinezüchter gegeben. — Es ist ganz klar, daß es sich hier darum handelt, den Großagrariern Konzessionen zu machen. Durch Zollerhöhungen werden die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke weiter hochgetrieben und damit erschweren Sie (nach rechts) die Stehlung, denn es handelt sich bei den Zöllen um die Verteuerung des Grund und Bodens. Darum muß es um so schwerer sein, dieser Vorlage zuzustimmen. Der frühere englische Handelsminister *Muncie* hat auf der Weltwirtschaftskonferenz gesagt, wenn die einzelnen Staaten ihre Zölle erhöhen würden, so würden sie dafür die Beurteilung der Welt in Kauf nehmen. Herr *Curtius* (Reichswirtschaftsminister) hat ausdrücklich nochmals proklamiert, daß der Augenblick gekommen sei, wo sich die Staaten über die Zollpolitik vereinigen müßten. — Am 2. Juli 1927 stand der Großhandelsindex auf 137½, derjenige der industriellen Rohstoffe auf 131,7, derjenige der Agrarprodukte auf 138. Der letztere ist also rascher gestiegen als der Index der Industriestoffe. Am härtesten sind die Nahrungsmittel auf 166,6 gestiegen. Da spricht Herr *Schiele* noch von dem Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft. Herr *Curtius* will die Zölle feststellen, die herabgesetzt werden können. Das müßte ein großes Ministerium doch innerhalb acht Tagen machen können. Wenn man die Interessenten fragt, dann sagen sie: setzen sie gefälligst den Zoll der anderen herab. Aufgabe der Regierung ist es, die Diagonale zwischen den Wünschen der Interessenten zu ziehen. Vor zwei Jahren wurde uns gesagt, daß die Zollvorlage nur von kurzer Dauer sein solle. Diese zwei Jahre sind vorbei, aber die angekündigte Zollvorlage ist noch nicht gekommen. Inzwischen wurden aber noch keine Verhandlungen mit Frankreich zustande gebracht, mit Polen befinden wir uns im Zollkrieg, mit Kanada ist auch kein Vertrag, der die Vorbedingung für eine Verständigung mit Australien und Afrika ist, zustande gekommen. Statt dessen kommt diese Zollvorlage, die für das Inland unerträglich ist, im Auslande aber die deutsche Regierung und das deutsche Wort diskreditieren muß. — Wir können diese Vorlage nicht annehmen. Selbst vom Standpunkt der Agrarier und Schutzölle hätte man mit ihr noch worten können. Wir werden die entsprechenden Anträge im Ausschuss stellen und sie mit um so größerer Selbstsicherheit vertreten können, weil dieser Reichstag gar nicht das Mandat hat, über Zollvorlagen zu beschließen. Fragen Sie doch die Wähler darüber, aber dazu fehlt Ihnen der Mut! Wenn die Herren von der äußersten Linken Obstruktion treiben wollen, so sollten Sie doch bedenken, daß, wenn kein Beschluß zustande kommt, der noch höhere autonome Zolltarif in Kraft tritt.

**Abg. Krüger:** Der Mehlszoll ermöglicht die Schließung eines Unternehmeringes, der unter Mithilfe des französischen Kapitals den deutschen Verbrauchern das Brot verteuern soll. Das deutsche Volk soll bei gefüllten Scheunen hungern, wie es vor einigen Jahren Graf *Westarp* angekündigt hat. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat vor einigen Monaten Vorratszahlen über Roggen veröffentlicht, die sich inzwischen als falsch erwiesen haben. Diese Irreführung der Öffentlichkeit hat dazu

beigetragen, daß die Roggenpreise in die Höhe getrieben wurden. Nachdem man den Arbeitern die Hälfte des Brotes genommen hat, greift man jetzt auch in ihre Kartoffelschüssel hinein, um sie noch mehr zu schädigen. Die Angaben über die Betriebsgrößen bei der Kartoffelproduktion sind unvollständig, es fehlen darin die Betriebe mit über 100 Hektar, bei denen sich die Erzeugung von Kartoffeln außerordentlich gesteigert hat. Hier zeigt sich, aus welchen Gründen die Großgrundbesitzer und ihre Partei, die Deutschnationalen, eine Erhöhung des Kartoffelzolls verlangen. Vielleicht soll der Kartoffelzoll dazu dienen, die Beiträge der Großgrundbesitzer an die Deutschnationale Partei zu decken. Wenn wir wieder eine schlechte Kartoffelernte bekommen sollten, so werden die Preise noch über den augenblicklichen Stand hinauszusteigen. Zahlreiche unterernährte Kinder müssen von der öffentlichen Fürsorge erhalten werden, weil es zu Hause an Brot und Milch fehlt, weil sie keine Nahrungsmittel bekommen. Tuberkulose und andere Krankheiten wüten unter diesen Kindern, aber als wir für die Speisung dieser Kinder fünf Millionen forderten, wurde es von den Regierungsparteien zurückgewiesen, und jetzt kommen sie mit diesen Wucherzöllen. Die besten moralischen Grundsätze gehen zum Teufel, wenn hier Gesetze gemacht werden, die die Existenz der armen Bevölkerung untergraben. Heißt das die Lehren von Christus befolgen, wenn den Armen, den Hungernden das Brot genommen wird, um dafür den Besitzenden um so mehr zu geben? Aber wir werden vor allem den Frauen sagen: Ihr habt es durch die Abgabe des Stimmzettels in der Hand, den Preis des Mehls und der Kartoffeln zu bestimmen. Und wir werden allen Wählern aus den arbeitenden Massen sagen: Seht bei der nächsten Wahl dafür, daß dieser Wucherfeldzug der letzte gewesen ist.

**Dr. Herz (Soz.):** Darüber kann wohl kein Zweifel bestehen, daß diese Zollvorlage nicht aus sachlichen Erwägungen geboren ist, sondern daß sie den politischen Preis für die Aufgabe von Prinzipien darstellt. Wenn man noch einen Beweis dafür haben wollte, so haben ihn die Ausschussverhandlungen erbracht. Das gilt insbesondere von dem Zeitpunkt, den Sie sich für Ihre Zollerhöhungen ausgesucht haben. Selbst der Herr Abgeordnete *Lammers* hat im Ausschuss erklärt, daß man mit dieser Vorlage ruhig hätte warten können. Sie haben in Genf über den Zollabbau verhandelt, und die deutschen Vertreter haben den Beschlüssen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz über den Abbau der Zölle zugestimmt. Die Reichsregierung hat sich zweimal feierlich zu diesen Beschlüssen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz bekannt. Trotzdem hat sie zu gleicher Zeit als unmittelfarbere Antwort auf das theoretische Bekenntnis zum Zollabbau hier Zollerhöhungen vorgeeschlagen. Niemand kann sich darüber wundern, daß die Welt erneut den Eindruck bekommt, daß die deutsche Politik zweifelt, daß sie zwar ein theoretisches Bekenntnis für den Zollabbau ablegt, aber nicht daran denkt, dieses Bekenntnis zu verwirklichen. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß diese zweideutige Haltung Deutschlands die Stellung seiner Unterhändler bei Handelsvertragsverhandlungen weiterhin erschweren wird. Wir stehen handelspolitisch vor einem Trümmerhaufen. Die wenigen Handelsverträge, die Deutschland seit 1925 abgeschlossen hat, sind für Deutschland außerordentlich ungünstig. Mit den wichtigsten Staaten aber haben wir überhaupt keine Verträge abschließen können, zum Teil befinden wir uns mit ihnen sogar im Zollkrieg. Die Verhandlungen über den Vertrag mit Kanada sind gescheitert, allein deswegen, weil wir uns nicht zu entsprechenden Zugeständnissen bei der Frage des Mehlszolls haben verstehen können. Seit zwei Jahren stehen wir im Handelskrieg mit Polen; der deutsche Export nach Polen ist in dieser Zeit wesentlich zurückgegangen. Der deutsche Osten leidet außerordentlich stark unter diesen Wirkungen. Wir müssen bei einem langandauernden Zollkrieg mit Polen mit der Tatsache rechnen, daß dieser für uns ungeheuer wichtige Markt, der fast 10 Proz. unserer ganzen Ausfuhr aufzunehmen imstande wäre, uns künstlich in starkem Umfang gedrosselt und niemals wieder in altem Maße zu erschließen sein wird. Wir haben durch den Zolltarif nicht nur keine Verträge erreicht, wie Sie das 1925 immer behauptet haben, sondern wir sind auch auf den hohen Industriezöllen sitzen geblieben. Wir haben das deutsche Preisniveau künstlich um die Zölle erhöht. Wir haben die Uebermacht der Kartelle verstärkt, die diese Zölle zur Preissteigerung auf dem Inlandsmarkt ausnützen; wir haben die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt geschwächt und seine Verbraucher nicht nur von Lebensmitteln, sondern auch der inneren Erzeugnisse auf das empfindlichste belastet. — Nun sagt man, die hohen Zölle würden sich ja durch aus nicht voll aus. *Nebner* liefert an Hand der Eisenpreise den Beweis, daß es doch der Fall ist; denn die hohen Eisenpreise wirken sich in dem Preisen aller Erzeugnisse, auch der landwirtschaftlichen, fort. Die deutsche Zollpolitik seit dem Jahre 1925 hat nach meiner Ueberzeugung die Krise verlängert und die Krise verschlimmert. — Daran ändert auch der in den letzten Monaten eingetretene Rückgang der Erwerbslosigkeit nichts. Eine Massenerwerbslosigkeit von einer Million Menschen müssen wir noch als eine ernste Gefahr ansehen. Durch den Zuckerkoll soll nicht der Inlandsverbrauch erhöht, sondern der Auslandsabsatz gestärkt werden. Auslandsabsatz von Zucker aber bedeutet in jedem Fall für Verganzenheit, für Gegenwart wie für Zukunft, daß wir dieses Erzeugnis unter den deutschen Gestehungskosten abgeben müssen. Wir geben also eine — Prämie auf die Erzeugung und die Ausfuhr von Zucker, eine Prämie, die einen Gesamtbeitrag von 200 Millionen für die ganze deutsche Zuckererzeugung ausmacht. Diese 200 Millionen müssen von den deutschen Verbrauchern durch hohe Preise getragen werden. Das ist das typische Beispiel einer antinationalen Wirtschaftspolitik. Wir wollen selbstverständlich eine starke deutsche Zuckerindustrie, aber wir wollen sie aufgebaut auf einem hohen Inlandsabsatz. Wir können unseren Verbrauch an Zucker in Deutschland steigern, wenn wir statt der Heraushebung des Zolls die



frühe Herabsetzung der Zuckerteuer, nämlich ihre Beseitigung, vornehmen, eine Preisverbilligung schaffen und damit den Anreiz geben, den Verbrauch auszuweiten. — Daselbe gilt von dem Kartoffelzoll, den Sie ja in diesem Augenblick verdoppeln wollen, wenn auch erst mit Wirkung vom Ende dieses Jahres ab. Es wird gesagt, der Kartoffelzoll sei eine Maßnahme für den Bauernschatz und zur Förderung der Siedlung geeignet. Wenn auch der Kartoffelbau in überwiegender Weise vom Kleinbetrieb betrieben wird, so sieht doch nach der Statistik die Tatsache fest, daß der handelsmäßige Verkauf der Kartoffeln zum überwiegenden Teil von den Großbetrieben ausgeübt wird, daß die Kleinbetriebe ihre Kartoffelerzeugung selber für Ernährungs- und Fütterungszwecke brauchen und daß nur die großen Anbauer verkaufen können. Das heißt also: ein Hinanstreben des Preises, wenn der Zoll wirksam wird. Er fördert nicht den kleinen Bauern, sondern schädigt ihn; er nützt nur demjenigen, der über seinen eigenen Bedarf hinaus erzeugt. Deshalb ist die Erhöhung des Kartoffelzolls nicht Siedlungspolitik, sondern ausgeprochene Junkerpolitik. Die Massenbelastung ist von 1913 auf 1925 um 180 Proz. gestiegen, viel härter als die übrigen Steuern. Was nützt jede Sozialpolitik, wenn Sie (zum Zentrum) gleichzeitig eine Wirtschaftspolitik treiben, die von Woche zu Woche die Lebenshaltungskosten hinaustreibt, die die Lage der Arbeitermassen erschwert und den Reallohn senkt? Was haben Sie denn in den letzten Monaten getan? Für die Agrarier haben Sie die Zölle erhöht, für die Unternehmer haben Sie die Realsteuern gesenkt und haben Sie gewisse Steuererlässe gewährt; die großkapitalistischen Schuldner haben Sie vor der Erfüllung Ihrer Verpflichtungen gegenüber den Sparern bewahrt. Den Hausbesitzern haben Sie einen erhöhten Anteil an der Miete verschafft. Für die Fürsten und Standesherren haben Sie freie Bahn für die weitere Ausbeutung des Volksvermögens geschaffen und beispiellose Renten auf Grund skandalöser Rechtsmittel gegeben. Für die Großpensionäre haben Sie eine Garantie ihrer verschwenderischen Renten übernommen, trotz hoher Nebenbühle, trotz Beteiligung an hochverräterischen Unternehmungen, trotz unzulänglicher Bezüge der Armee, der Kriegsofizer und der Kriegerhinterbliebenen. Sie haben also jede der Gruppen, die Ihnen nahestehen, jede der Gruppen aus den kapitalistischen Kreisen mit irgendeinem materiellen Vorteil bedacht. Die jetzige Regierung hat durch den Reichspräsidenten die besondere Pflicht auferlegt bekommen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Haben Sie das auch getan? — Ich sage: Nein! Die Kriegsbeschädigten warten noch heute auf die angekündigte Verbesserung ihrer Lage. Die Beamten haben statt barem Geld leere Versprechungen erhalten. Für die Arbeiter haben Sie höhere Mieten eingeführt, höhere Preise gefordert und damit ein Sinken der Reallohn konstatiert. Das ist die Bilanz von sechs Monaten Ihrer Regierungstätigkeit. Sie haben sie mit Erhöhung der Zölle begonnen und beendigen sie mit Erhöhung der Zölle. Sie zeigen damit, daß die jetzige Rechtsregierung unter starkem Einfluß der großagrarischen Kreise steht, daß die jetzige Regierung nur eine Regierung gegen das Volk ist und daß eine wahrhaft das Wohl des Volkes fördernde Politik nur möglich ist mit der Sozialdemokratie.

## Reichs- und Staatsarbeiter

**Wahlergebnis der Hauptbetriebsratswahl 1927 bei der Reichswasserstraßenverwaltung.** Es sind von 24 026 wahlberechtigten Arbeitnehmern für den Hauptbetriebsrat abgegeben worden insgesamt 19 920 Stimmzettel; davon entfallen auf Arbeiterstimmen 17 927, Angestelltenstimmen 1514, ungültige Stimmen 479. Von den 19 441 gültigen Stimmzetteln entfallen auf Liste I 12 707 Stimmzettel (freigewerkschaftliche Arbeiter) Liste II 975 Stimmzettel (freigewerkschaftliche Angestellte), Liste III 5220 Stimmzettel (DWS.-Arbeiter), Liste IV 475 Stimmzettel (DWS.-Angestellte), Liste V 64 Stimmzettel (GBl.-Angestellte). Hiernach sind gewählt: Aus Liste I: 4 Hauptbetriebsratsmitglieder, und zwar Max Fritsche, Dreher, Harburg a. d. S., Frankstr. 16; Friedrich Behrens, Maschinist, Brate, Mittelstr. 39; Paul Golchert, Arbeiter, Berlin NW 21, Lübecker Str. 13; August Andersen, Kiel-Holtensau, Büttelmannstr. 32. Aus Liste II (gemäß § 13 der WRV. vom 22. August 1922): 1 Hauptbetriebsratsmitglied: Paul Pandow, technischer Angestellter, Hannover, Heinrich-Heine-Str. 1, ptr. Aus Liste III: 1 Hauptbetriebsratsmitglied: Karl Wilde, Schleusen-gehilfe, Brieg bei Breslau, Mühlendamm 3. Aus Liste IV: Kein Hauptbetriebsratsmitglied. Aus Liste V: Kein Hauptbetriebsratsmitglied. Die auf die gewählten Mitglieder jeder Liste folgenden Bewerber treten gemäß § 16 der Wahlordnung der Reihenfolge nach als Ersatzmitglieder für die auf ihrer Liste jetzt oder später ausfallenden Mitglieder ein.

Das Ergebnis dieser Wahl ist im Verhältnis zu 1926 als ein weiterer Fortschritt der freigewerkschaftlichen Bewegung zu betrachten. Haben doch die freien Gewerkschaften gegenüber der Wahl 1926 rund 1588 Stimmen gewonnen. So erfreulich auch der Erfolg der freigewerkschaftlichen Liste ist, so muß doch gesagt werden, wenn alle unsere Kollegen bei den einzelnen Dienststellen so gearbeitet hätten, wie es einem freigewerkschaftlich organisierten Kollegen zukommt, unsere Erfolge noch viel günstiger hätten sein können. In den Bezirken, wo gearbeitet wurde, wie z. B. Breslau, Hannover und Bremen, ist eine erfreuliche Steigerung unserer Stimmzahlen zu verzeichnen, was nicht von allen übrigen Bezirken gesagt werden kann. Im Bezirk Hannover sind in diesem Jahr zur Wahl des Betriebsbetriebsrats von den freien Gewerkschaften eigene Listen aufgestellt worden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Die Listen der

freien Gewerkschaften zur Hauptbetriebsratswahl haben ihre Stimmzahl um 477 Stimmen erhöht. Dahingegen hat die Liste der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft einen erheblichen Stimmrückgang zu verzeichnen. Um die Bedeutungslosigkeit der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft nicht zu augenfällig werden zu lassen, hatte der rückschrittliche Teil der Wasserstraßenbeamten, um die Vorschlagslisten der DWS. durchzubekommen, sich widerrechtlich in ihren Dienst gestellt. Auch die Masseneinstellungen von Arbeitern in den einzelnen Bezirken kurz vor der Wahl haben bewiesen, daß auch die Reichswasserstraßenverwaltung ein Interesse an einem Sieg der DWS. hatte. Alles hat aber nichts genützt; die fortschrittliche freigewerkschaftliche Ueberzeugung und Gesinnung unter dem Reichswasserstraßenpersonal festigt und breitet sich immer mehr aus. Das Zeitalter der unbeschränkten Herrschaft der Wasserbaukönige und ihrer christlichen Trabanten ist für immer dahin. Den Kollegen, die bei dieser Wahl ihre Stimme der Liste der DWS. gegeben haben, rufen wir zu: „Nicht feiges Kriechen vor rückständigen Vertretern der Verwaltungen macht euch frei, sondern aufrechter und mutiger Kampf führt zum Sieg!“

## Landstraßenwärter

Eine Betriebsrätekonferenz der sächsischen Staatsstraßenarbeiter fand am 3. Juli in Dresden statt. Sie war von 68 Betriebsobmännern besucht, außerdem waren die Gauleiter anwesend. Kollege Pfeiffer gab eine Einführung in das Arbeitsgerichtsgesetz. Dieses bedeutet für die Staatsstraßenwärter wie für große Teile der Gemeinde- und Staatsarbeiter insofern einen wesentlichen Fortschritt, als nunmehr Klarheit besteht, wo der Gemeinbedienstete, der Staatsarbeiter seine etwaigen Klagen aus dem Arbeitsverhältnis anzubringen hat. Wie beim Betriebsrätegesetz, so noch in höherem Maße beim Arbeitsgerichtsgesetz kommt es nicht so sehr auf den Buchstaben des Gesetzes an, sondern auf den Geist, mit dem das Gesetz angewandt und zur Durchführung gebracht werden wird. Dann wurde über die Neuwahl des Gesamtbetriebsrats verhandelt. Die bereits eingereichten Wahlvorschläge wurden für gültig erklärt. An Stelle der zurückgetretenen Kollegen rücken die vorgeesehenen Ersatzleute ein. Der Gesamtbetriebsrat für die sächsischen Staatsstraßenarbeiter besteht nunmehr aus Bernhard Heinitz als Vorsitzenden. Alle Zuschriften für den Gesamtbetriebsrat sind an diesen zu richten. Er wohnt in Liebertwolkwitz bei Leipzig, Glindengosser Str. 24; Erwin Schölzel, Hauswalde, stellvertretender Vorsitzender; Max Meinel, Zwota, Schriftführer; Willy Voligt, Neukirchen bei Chemnitz, und Max Hanschmann, Döbeln. Bei den Lohn- und Tariffragen kam eine Menge von Klagen über oftmals recht merkwürdige Auslegungen tariflicher Bestimmungen durch die Amtsstraßenmeister zur Sprache. Manches läßt geradezu auf eine stille, aber zielbewußte Sabotage tariflicher Bestimmungen schließen. Die Betriebsräte und die Gauleiter haben sich vielfach beschwerdeführend an das Finanzministerium wenden müssen. Von wo dann, wenn auch oftmals recht spät, Abhilfe geschaffen wurde.

**Hannover.** Am 28. Juni 1927 waren die Verhandlungen mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband über die Arbeitszeitfragen der Wegewärter. Von der Tariff Kommission der Arbeitnehmer wurde die achtstündige Arbeitszeit gefordert. Der Arbeitgeberseite wurde klargemacht, daß sich die Arbeitsleistungen nicht mit der Verlängerung der Arbeitszeit automatisch steigern lassen. Weit eher sei eine Steigerung der Arbeitsleistungen durch Verkürzung der Arbeitszeit möglich. Alle anwesenden Arbeitnehmervertreter schlossen sich dieser Auffassung an. Nur der Vertreter der christlichen Organisation, Herr Recker, vertrat den Standpunkt der Arbeitgeber, indem er meinte, in zehn Stunden könne der Wärter seine Strecke besser in Ordnung halten als in acht Stunden. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht länger darüber unterhalten, ob Herr Recker mit dieser Äußerung den Wärtern einen guten Dienst getan hat oder nicht. Die Erwidierungen der Straßenwärter haben ihn eines besseren belehrt. — Die Arbeitgeber zeigten keine Neigung, auf die Wünsche der Arbeitnehmer einzugehen. Der Vorsitzende machte geltend, daß, solange der Bezirkstarifvertrag Gültigkeit habe, an die Einführung des Achtstundentages nicht zu denken sei. Zum Ausgleich für die Mehrarbeit wurde angeboten, für die Monate Juli und August, in denen nach dem Vertrage 10 Stunden gearbeitet werden muß, 20 Pf. auf den bestehenden Tageslohn und in den folgenden Monaten, in denen der Tarifvertrag die neunstündige Arbeitszeit vorsieht, 10 Pf. auf den bestehenden Lohn. Da eine Möglichkeit nicht bestand, im Augenblick die Verkürzung der Arbeitszeit durchzudrücken, mußte sich die Tariff Kommission auf die Vergütungsverhandlung einlassen. In getrennten Verhandlungen wurde über das Angebot beraten. Nunmehr wurde von der Tariff Kommission eine Vergütung von 30 bzw. 25 Pf. gefordert. Die Vertragsparteien einigten sich am Schluß der Verhandlungen auf 25 bzw. 15 Pf. Zulage. Demnach ergeben sich für die Monate Juli und August und in den Monaten in denen der Tarif die neunstündige Arbeitszeit vorsieht, folgende Lohnsätze: Ortsklasse I 4,05 Mk. und 3,95 Mk., Ortsklasse II 3,90 Mk. und 3,80 Mk., Ortsklasse III 3,70 Mk. und 3,60 Mk., Ortsklasse IV 3,40 Mk. und 3,30 Mk. Alle anderen Zulagen bleiben wie bisher. Die Kündigung des Tarifvertrages ist bereits erfolgt.

## ◆ Aus unserer Bewegung ◆

**München-Gladbach.** In der Mitgliederversammlung am 3. Juli 1927 referierte der Kollege **Rebschlo** über „Die Arbeitszeitnotverordnung und ihre Auswirkung auf den Tarifvertrag“. Nach einer lebhaften Aussprache wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 3. Juli im Verbandshaus tagende gut besuchte Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter nimmt Kenntnis von der zentralen Regelung der Vergütung der tariflichen Mehrarbeit und bedauert lebhaft, daß der im Gesetz als angemessen bezeichnete Zuschlag von 25 Proz. für Mehrarbeit nicht erreicht worden ist. Die Arbeitszeitnotverordnung hat der Arbeiterschaft den erhofften Achtstundentag nicht gebracht. Da die Arbeitszeit durch die neue Verordnung nur eine vorläufige Regelung gefunden hat, erwarten die Versammelten vom ADB., daß er alle Kraft einsetzt, damit der Achtstundentag in dem kommenden Arbeiterschutzes ohne jede Einschränkung verankert wird. Die technischen Fortschritte und die damit verbundene Rationalisierung ermöglichen die Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden täglich. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit und durch eine Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen ist auch eine wirksame Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Versammelten sind von der Erkenntnis durchdrungen, daß nur eine starke Organisation in der Lage ist, den Forderungen der Arbeiterschaft zum Durchbruch zu verhelfen und geloben, ihre ganze Kraft einzusetzen, bis auch der letzte Arbeiter sich der Organisation angeschlossen hat.“

## ◆ Internationale Rundschau ◆

**Jugoslawien.** Vor dem Weltkriege war das heutige Reich der Serben, Kroaten und Slowenen ohne eine starke, moderne gewerkschaftliche Bewegung. In Slowenien gab es 1913: 4600 organisierte Arbeiter, in Kroatien 5188, in Wojwodien (ehemaliges Südbanat) 5000, in Bosnien und Herzegowina 5500 und in Serbien, wo der Balkankrieg seine verheerenden Wirkungen schon gezeitigt hat, insgesamt 4200 organisierte Arbeiter. Die 1818 erfolgte nationale Vereinigung hatte in das Wirtschaftsleben einen etwas krankhaften und künstlichen Aufschwung gebracht, indem man gewaltsam eine Industrie schaffen wollte. Das gleichzeitige rasche Anwachsen der Gewerkschaften war aber nicht das Ereignis einer hohen Konjunktur, als vielmehr jenes Elends, in das die Arbeiter durch den Krieg und dessen Folgen hineingeraten waren. Verzweiflung und Hoffnung zugleich trieben die Proletarier mit unwiderstehlicher Kraft in die Gewerkschaften. 1920 betrug die Zahl der organisierten Arbeiter etwa 200 000. Diese Zahl entspricht etwa dem Fünftel aller Lohnarbeiter. Die Sowjets übernahmen jene Auffassung zaristischer Außenpolitik, wonach der Balkan als archimedischer Punkt galt, von welchem aus Europa auseinandergehoben werden sollte. Die Sowjetlehren wurden auf dem Balkan, speziell in Jugoslawien, mit großer Energie verbreitet, was zur Folge hatte, daß die südslawische Sozialistenpartei, die den Kern der serbischen Sozialdemokratie bildete und vorher mit der deutschen Partei zusammenging, sowohl auf theoretischem als auch auf praktischem Gebiet immer mehr nach links abshwenkte, bis es schließlich 1920 zu einer Spaltung kam. Mit der Spaltung der sozialdemokratischen Partei ist auch die Gewerkschaftsbewegung zusammengebrochen. In den bedeutenden slowenischen Kohlenbergwerken gab es 1920: 11 320 organisierte Arbeiter, während 1924 nur noch 730 Mann der Gewerkschaft angehörten. Ebenso gehörten von den 100 000 Holzarbeitern 1924 nur noch 2900 der Gewerkschaft an und von den Lederarbeitern nur 400 anstatt 30 000 Arbeitern, so daß 1923 die Zahl der organisierten Arbeiter auf 28 000 zusammengeschrumpft war. Da nun der Zusammenbruch der Gewerkschaften in Jugoslawien mit dem künstlich zum Aufschwung gebrachten Wirtschaftsleben zusammenfällt, standen die Arbeiter den verderblichen Folgen der Wirtschaftskrise vollkommen schutzlos gegenüber. Nach Papierdinar gerechnet, kosten die allernötigsten Artikel des täglichen Bedarfs das 24fache gegenüber 1914, während die Durchschnittslöhne bei weitem nicht in diesem Verhältnis gestiegen sind. Die Erkenntnis, daß der jugoslawischen Arbeiterklasse infolge der Spaltung vollkommene Entkräftung droht, hat die Führer der verschiedenen Parteien und Gewerkschaften zu einem Einigungsversuch veranlaßt. Dieser Entschluß war bei den Mostau-Anhängern auch dadurch hervorgerufen, daß zwischen der radikalen Partei und Radisch eine Einigung zustande kam und so die letzte Hoffnung der Dritten Internationale auf revolutionäre Ereignisse in Jugoslawien zunichte wurde. Der die Wiedervereinigung vorbereitende Kongreß hat zwischen dem 10. und 12. Oktober 1925 in Belgrad stattgefunden und hier gelang es, das Werk des Zusammenschlusses unter Dach zu bringen, indem man politische Neutralität und die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung vom Kommunismus und der Sozialdemokratie beschloß. Die Zugkraft des Gewerkschaftsbundes der vereinigten Arbeiter hat sich sehr bald gezeigt. Es gelang in einer großen Protestversammlung im Frühjahr, die Massen aus ihrer Kumpfsheit wachzurütteln und sie zu einer

Rundgebung gegen den Abbau der Sozialpolitik zu bewegen. Damit begann die Rückkehr der Arbeiterschaft zu den Fachgewerkschaften. Ein Beispiel hierfür ist der Eisenbahnerbund, der am 1. Januar 1926 2678 Mitglieder zählte, am 1. September aber schon 5160 Mitglieder aufweisen konnte, trotzdem die jugoslawische Regierung die gelben Gewerkschaften im Gegensatz zu den freien unterstützt. Ebenso der Bund der Privatbeamten und -angestellten, der seit Oktober vorigen Jahres 1909 Mitglieder erwarb, so daß er heute insgesamt zirka 5000 Mitglieder besitzt. Wehnlich gestaltete sich die Lage in den Gewerkschaften. Man rechnet, daß der heutige Allgemeine Slowenische Gewerkschaftsbund insgesamt zirka 60 000 Mitglieder hat.

## ◆ Rundschau ◆

**Wilhelm Bloss** †. Von den Mitbegründern der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere der Sozialdemokratischen Partei, ist wohl kaum einer noch am Leben, und von denen, die im nächsten Jahrzehnt, insbesondere unter der Schwere des Sozialistengesetzes für die Arbeiter und den Sozialismus kämpfend im Vordergrund standen, sind auch nur noch wenige vorhanden. Einer der bedeutendsten unter diesen, **Wilhelm Bloss**, ist am 6. Juli 1927, fast 78 Jahre alt, zur ewigen Ruhe gegangen. Er war am 5. Oktober 1849 in Wertheim in Baden als Sohn eines Arztes geboren. Frühzeitig starb sein Vater und als seine Mutter wieder heiratete, begann für den Knaben eine Leidenszeit, wie sie Waisen und Halbwaisen so oft beschieden ist. In seinen „Denkwürdigkeiten“ hat Bloss die Bitterkeit seiner Jugendzeit, die ihm sein tyrannischer Stiefvater, aber auch andere Verwandte bereiteten, ergreifend geschildert. Bloss besuchte zunächst die Volksschule, später das Lyzeum und studierte in Freiburg im Breisgau Philologie. Schon frühzeitig hatte er starkes demokratisches Empfinden und eine glänzende journalistische Begabung. So wurde er bereits mit 21 Jahren Redakteur des „Schwarzwälder Boten“ in Oberndorf, nachdem er vorher wegen Beleidigung durch die Presse zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Bloss entwickelte sich immer mehr nach links und wurde Sozialdemokrat, während der Herausgeber des Blattes den Weg nach rechts einschlug und bei den Nationalliberalen einkehrte. Bloss trat deshalb aus der Redaktion aus und wurde, 23jährig, Redakteur am sozialdemokratischen „Braunschweiger Volksfreund“. Madame Justitia verurteilte ihn hier bald darauf zu drei Monaten Gefängnis, weil er den reaktionären Polizeipräsidenten **Meyer** beleidigt haben sollte. Unterdessen war der bekannte Hochverratsprozeß gegen **Rebel**, **Liebnecht** und **Hepner** in Leipzig vor sich gegangen. Bloss mußte nun die Leitung des „Volksstaat“ in Leipzig an Stelle des zu 2½ Jahren Festung verurteilten **Liebnecht** übernehmen. Auch diese Tätigkeit trug ihm wieder eine längere Freiheitsstrafe ein. Bloss ist später noch an der Parteipresse in Berlin, Hamburg, Dresden, Nürnberg, Mainz und Stuttgart tätig gewesen. Aus Hamburg wurde er 1880 auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen. In Stuttgart gründete er hierauf mit **Heinrich Dieß** das sozialdemokratische Witzblatt „Der wahre Jacob“, dessen Leitung lange Zeit in seinen Händen lag und das jetzt vom Dieß-Verlag in Berlin an Stelle von „Lachen Links“ wieder neu herausgegeben wird. Außer seiner Tätigkeit an der Parteipresse hat Bloss noch eine Anzahl wertvoller und viel beachteter Bücher geschrieben. Wir nennen nur: „Die Geschichte der französischen Revolution“, „Die Geschichte der deutschen Revolution von 1848/1849“, seine „Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten“, die leider eine Lücke (die Zeit vom Sozialistengesetz bis zur Novemberrevolution) aufweisen, „Die Revolution in Mainz“, den Roman „Der Prinzipienreiter“, der in die Mätressenwirtschaft eines kleinen thüringischen Fürstehofes leuchtet und schildert, wie die Revolution von 1848/49 diesen Spulverschleuderte, ferner der, leider nicht vollendete Roman „Die Geächteten“, der ein Bild der Schreckensherrschaft des Sozialistengesetzes gibt, außerdem das vor drei Jahren erschienene kleine Buch über „**Florian Geper**“. Schließlich sei noch genannt seine Uebersetzung der „Geschichte der Kommune von 1871“ von **Lissagaray** ins Deutsche. Im Reichstage hat Bloss viele Jahre hindurch die Interessen der Arbeiterschaft insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete vertreten. Er war dessen Mitglied von 1877—1878, von 1881—1887, 1890—1906, 1912 bis 1918. Als Siebzigjähriger übernahm er, während der Novemberrevolution 1918, noch das schwere Amt des Staatspräsidenten in Württemberg. Als solcher verschaffte er der Reichsregierung **Ebert-Bauer** während des Kapp-Putsches in Stuttgart Unterkunft. Die Reaktion hat ihn einige Zeit darauf gestürzt und so lebte der hochbetagte Alte in den letzten Jahren still und zurückgezogen. Mit **Wilhelm Bloss** ist einer der ehrlichsten und aufrichtigsten Arbeiterführer dahingegangen, der von früher Jugend bis in sein hohes Alter der Fahne des Sozialismus die Treue gehalten hat. Sein Name wird in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung fortleben. Die sozialistischen Arbeiter werden sein Andenken in hohen Ehren halten.